
**Niederschrift
über die Sitzung des Stadtrates
öffentliche Sitzung**

Datum: 25.02.2016
Beginn: 15:00 Uhr bis 21:15 Uhr
Ort: Rathaus, Hauptmarkt 1, 1. Obergeschoss, Bürgersaal

Anwesende Stadträte: siehe Anwesenheitsliste

Verwaltungsmitarbeiter: siehe Anwesenheitsliste

Gäste: siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Stadträte:

1. Allgemeine Regularien

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert **OBin Dr. Findeiß** an den Preisträger der Martin-Römer-Ehrenmedaille, Herrn Wolfgang Böttger, der am 10. Februar 2016 verstorben sei. Sie bittet die Anwesenden in Andenken an Herrn Dr. Böttger sich in einer Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

Danach stellt **OBin Dr. Findeiß** die ordnungsgemäße Einberufung der 17. Sitzung gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Stadtrates werden **Stadtrat Michael Rockstroh** (DIE LINKE) und **Stadtrat Henry Sippel** (SPD) benannt. Es erhebt sich kein Widerspruch.

OBin Dr. Findeiß weist die Stadträte auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 20 SächsGemO hin und bittet jeden, anhand der Tagesordnung zu prüfen, ob zu den einzelnen Tagesordnungspunkten Ausschließungsgründe vorliegen und dies vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt bekanntzugeben.

Die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 21.01.2016 sei ausgereicht worden. Es lägen keine Einwände vor und somit stellt **OBin Dr. Findeiß** Kenntnisnahme fest.

OBin Dr. Findeiß nimmt anschließend eine Richtigstellung zu den Aussagen zum Akteneinsichtsausschuss der Sitzung des Stadtrates am 21.01.2016 vor, welche als Anlage diesem Protokoll beigelegt ist.

OBin Dr. Findeiß stellt fest, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Form vom Stadtrat gebilligt wird.

2. Beschlussvorlagen zu Sachentscheidungen

2.1. Hundesteuersatzung der Stadt Zwickau

BV/184/2015 Finanzen und Ordnung

BM Meyer teilt mit, dass die Verwaltung in der heute vorgelegten Hundesteuersatzung eine Erhöhung der seit 12 Jahren geltenden Hundesteuersätze vorschlägt.

Im aktuellen Gemeindefinanzbericht sei zum Thema Hundesteuer das Folgende ausgeführt worden: Die Hundesteuer sei seit 2004 bundesdurchschnittlich um 42 Prozent angestiegen. Die sächsischen Kommunen hätten die Hundesteuer allerdings mit plus 13 Prozent seit 2004 in deutlich geringerem Umfang angehoben, so dass mittlerweile unterdurchschnittliche Einnahmen generiert worden seien.

Die Verwaltung halte daher die vorgeschlagene Erhöhung von 2,50 Euro (ermäßigt 1,25 Euro) monatlich bei Haltung eines Hundes für angebracht und verhältnismäßig. Dabei soll die Steuer für einen Hund von derzeit 90 Euro auf 120 Euro jährlich, für zwei Hunde je Hund von 120 Euro auf 156 Euro jährlich und bei drei und mehr gehaltenen Hunden je Hund von 138 Euro auf 168 Euro jährlich angehoben werden. Ebenfalls erhöht werden soll die Hundesteuer für gefährliche Hunde von 600 Euro auf 720 Euro jährlich. Durch die Bestätigung der vorgeschlagenen Steuersätze würden ab 2017 Mehreinnahmen von rund 95.000 Euro erzielt werden, so **BM Meyer**. Auch die Problematik Kontrolle der Hundehaltung sei diskutiert worden. Hundebestandsaufnahmen hätten in Zwickau bereits in den Jahren 1995, 1999 und 2009 stattgefunden. Seitens der Verwaltung sei die nächste Kontrolle mit Inkrafttreten der neuen Satzung vorgesehen. Gleichwohl würde seitens des Ordnungsamtes im Rahmen der ständigen Kontrolltätigkeit auch ein Augenmerk auf die Hundehaltung gelegt. Auch gezielte Kontrollen und Befragungen vor Ort fänden nach entsprechenden Hinweisen statt. Weiterhin sei in der Vorlage die Ergänzung der Rasselisten gefährlicher Hunde vorgeschlagen worden. Der American Bulldog bzw. Kaukasische Owtscharka würde aktuell in den Rasselisten anderer Bundesländer (Bayern, Hessen NRW) als gefährlich eingestuft und seien neu als gefährliche Hunde in die Satzung mit aufgenommen worden. In diesem Zusammenhang macht **BM Meyer** noch auf die erforderliche Korrektur der Schreibweise Mastino Napoletano (bisher Mastino Neapolitano), Dogue de Bordeaux (bisher Doque de Bordeaux) und Tosa Inu (bisher Tosa) aufmerksam. Zur Korrektur der Schreibweisen sei den Mitgliedern heute ein Austauschblatt - Seite 2 der Anlage - vorgelegt worden.

Die Ermäßigungen für die sogenannten Jagdhunde, so erklärt **BM Meyer**, sollen jeweils bis zum Ablauf der Erteilung des Jagdscheines gelten. Bisher sei eine jährliche Neubeantragung erforderlich gewesen. Der Finanzausschuss habe die Zustimmung zur Vorlage mehrheitlich empfohlen.

StR Dörner zieht zunächst die Vergleiche zu anderen Städten deutschlandweit. Danach liege die Stadt Zwickau mit ihren Beiträgen weit über den Beiträgen von Großstädten wie München und Hamburg. Eine dreißigprozentige Erhöhung bei einer Steuer bezeichnet **StR Dörner** als extrem. Gerade bei dem Thema Hund, der als Sozialpartner für viele Menschen gilt, insbesondere bei den sozial schwachen. „Was macht die Stadt für die Hundehalter?“ **StR Dörner** sagt, es gebe sechs Hundewiesen, von denen zwei geschlossen seien, eine dritte folge eventuell demnächst. Der Pflegezustand dieser vorgehaltenen Hundewiesen bezeichnet er als dürrtig, eine Umzäunung, um eine Sicherung der Passanten zu gewährleisten, sei nicht vorhanden. Der beschlossene Kauf von Hundesteuermarken, der mit 20.000 Euro angesetzt sei, bezeichnet **StR Dörner** als bürgerunfreundlich. Denn es sei gefordert, dass jeder Hundehalter im Verwaltungszentrum persönlich seine Hundesteuermarke umtauscht. Ein verschicken per Post schein einfach nicht möglich zu sein, so **StR Dörner**.

Natürlich gebe es auch Gründe, die eine Hundesteuer möglicherweise notwendig machen, so **StR Dörner**. Denn Hunde würden manchmal für Verunreinigungen sorgen, wo die Stadt gewisse Aufwendungen habe. In diesem Zusammenhang wolle **StR Dörner** das Thema „Katzenkastration“ in Erinnerung bringen. Denn genau dieselben Argumente gelten hierfür auch, befindet er.

StR Dörner beantragt abschließend namentliche Abstimmung zur Vorlage.

StR Feustel bezeichnet die Erhöhung der Hundesteuer als moderat. Die Ausschüsse hätten hinlänglich darüber diskutiert. Jedoch sei ihm aufgefallen, dass es innerhalb der Stadt nicht überall Entsorgungsbehälter gebe. Diese sollten nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in den einzelnen Stadtteilen aufgestellt werden. Er appelliert außerdem, dass die Stadt überprüfen möge, ob sich an den Spielplätzen, Bänken, beschädigte Behälter befinden, die ausgetauscht werden müssten.

StR Drechsel führt nachfolgend einige Zitate aus dem Protokoll der Dezembersitzung des Stadtrates am 12.12.2013 zur „Hundesteuersatzung der Stadt Zwickau“ Vorlagennummer BV/246/2013 aus.

„BM Meyer: Sicherlich sehe diese Anhebung auf dem ersten Blick erheblich aus, jedoch seien bei der Bewertung verschiedene Aspekte zu beachten. Die Erhöhung erfolge erstmals nach zehn Jahren. Die monatliche Mehrbelastung würde 2,50 Euro bei der Haltung eines Hundes betragen und dies betrifft mehr als 90 Prozent der Hundehalter. Durch die Anhebung der Steuersätze könnten 95.000 Euro Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt erzielt werden...“;

„StR Heitzig: Die Fraktion lehne eine Erhöhung der Hundesteuer ab. StR Heitzig begründet dies damit, dass die Stadt Zwickau beim Ausfall der hier beabsichtigten zu erzielenden Mehreinnahmen nicht in eine finanzielle Notlage geraten würde in der Relation zum Gesamthaushalt. Zum anderen sei man auch der Ansicht, dass die Hundesteuer keine Luxussteuer darstelle, sondern eher eine soziale Komponente habe und es soll jedem Bürger finanziell möglich sein, einen Hund zu halten.“;

„StR Feustel: ...die Stadt Zwickau müsse mit anderen Städten und Gemeinden vergleichbar bleiben und nicht Spitzenreiter werden. Auch dürfe man den sozialen Aspekt nicht vergessen. Für ältere Bürger sei der Hund ein wichtiger Bezugspunkt...“;

„StR Schöpf: ... stellt in seiner Aussage darauf ab, dass es immer wieder darauf hinauslaufe, den Bürger finanziell zu belasten. Nicht nur die Einnahmenquellen solle man sich vor Augen halten, auch die ausgabenseitig solle über eine Reduzierung nachgedacht werden. Er würde auf keinen Fall der Erhöhung der Hundesteuer zustimmen, vielmehr sei das Abschaffen der Hundesteuer diskussionswürdig...“;

„StR Müller hebt hervor, dass man vor allem einen Schwerpunkt auf die Bürger legen solle, die versuchen, sich der Steuerpflicht zu entziehen...“

StR Drechsel konstatiert, dass der damalige Stadtrat mit 16 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen die Neufassung der Hundesteuersatzung abgelehnt habe. Dies sei 2013 gewesen. „Was hat sich nun in zwei Jahren und zwei Monaten verändert?“ Es sei fast dieselbe Vorlage von damals, in der Rasseliste seien noch ein paar Hunderassen dazu gekommen. Die Steuererhöhung passiere diesmal nicht kurz vor der Kommunalwahl, was natürlich kontraproduktiv sei. Aber Zwickau stecke in einem finanziellen „Engpass“, was nichts Neues sei, so **StR Drechsel**. Nur die Steuerausfälle des letzten Jahres und der kommenden, hätten diesen „Engpass“ verschärft. Große Investitionen würden für dieses Jahr fertiggestellt und in den Betrieb genommen und neue sollen in Angriff genommen werden. In diesem Kontext müsse man sich nun einmal Fragen gefallen lassen, so **StR Drechsel**, ob die Hundesteuer den Haushalt retten soll. Die Hundesteuer, so hält er fest, wäre dann die einzige Erhöhung bei den Stadtsteuern für Zwickauer Bürger. Er betont, dass es für den kleineren Personenkreis der Hundehalter eine Missachtung von Ethik und Moral sei, nur um die finanzpolitischen Interessen einer ganzen Stadt durchzusetzen. Es sei weiterhin unglaublich, wenn die Zwickauer Hundehalter zusätzlich von denselben Stadträten zur Kasse gebeten werden, die andere Einnahmemöglichkeiten, wie die Einführung einer Zweitwohnungssteuer, ablehnen. Die Zweitwohnungssteuer wäre durchaus eine Einnahmemöglichkeit gewesen, die ausnahmsweise nicht die Zwickauer Bürger betroffen hätte, veranschaulicht **StR Drechsel**. Er hebt hervor, dass diese Hundesteuersatzung, sollte diese beschlossen werden, mit eine der höchsten in Deutschland sei. Die Zumutbarkeitsgrenze für die Hundehalter sei damit überschritten. Es gebe damit jedoch eine neue Vergleichbarkeit, nämlich mit Berlin 120 Euro und Dresden mit 108 Euro. Das seien aber Städte, mit denen man sich nicht vergleichen könne, konstatiert er. „Die Stadt müsse sich mit anderen Städten und Gemeinden vergleichbar machen und nicht Spitzenreiter werden...“, wiederholt er die Worte von StR Feustel aus der Dezembersitzung 2013 und empfiehlt, dass, bevor eine derartige Erhöhung erwogen wird, zunächst geprüft werden müsse, ob auch jeder Hundehalter seine Hundesteuer entrichtet.

StR Drechsel verliert nachfolgend den Änderungsantrag der Fraktion BfZ/Grüne. Schließlich geht er noch auf das ausgeteilte Flugblatt der Hundebesitzer ein. „Es sei weder christlich, noch sozial...“ Er rät: „Lassen wir uns etwas anderes einfallen“. **StR Drechsel** weist abschließend auf einen Fehler in der Vorlage hin. Demnach sei der 01.01.2016 als Datum des Inkrafttretens der Hundesteuersatzung nicht korrekt.

StR Gerisch pflichtet bei, dass diese Hundesteuererhöhung einfach zu weit gehe, vor allem, wenn man eine direkte Vergleichbarkeit heranzieht. Die Gemeinde Reinsdorf zum Beispiel sehe in ihrer Satzung für den ersten Hund einen Betrag in Höhe von 30 Euro vor. Damit sei

bei 100 Euro in der Differenz gut möglich, dass einige Hundehalter die Anmeldung ihrer Hunde lieber in einer der Nachbargemeinden vornehmen. Außerdem zweifelt er stark die erhofften Einnahmen in Höhe von 95.000 Euro an, wenn man nur an die Abwanderung denke. Abschließend vermittelt **StR Gerisch**, dass die Stadt Zwickau den Ausgleich des finanziellen Defizites nicht noch weiter über derartige Einnahmequellen vornehmen kann.

Bevor **OBin Dr. Findeiß** in die Abstimmung geht, fragt sie gem. § 13 Abs. 2 der Geschäftsordnung, ob noch je ein Stadtrat für oder gegen den Antrag zur Geschäftsordnung von StR Dörner auf namentliche Abstimmung sprechen will. Es erhebt sich keine Stimme.

OBin Dr. Findeiß sichert zu, dass die Hundesteuersatzung erst am 01.01.2017 in Kraft treten wird.

Der Stadtrat lehnt den Antrag von StR Dörner auf namentliche Abstimmung mehrheitlich ab.

Der Stadtrat fasst auf Antrag der Fraktion BfZ/Grüne mehrheitlich den Beschluss auf namentliche Abstimmung.

1. Die Neufassung der Hundesteuersatzung wird bis auf weiteres ausgesetzt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Jahr 2016 eine umfängliche Kontrolle der Einhaltung der Hundesteuerpflicht durchzuführen. Diese ist vorab öffentlich anzukündigen. Im Bedarfsfall kann sich zur Durchführung der Kontrollen eines externen Dienstleiters bedienen werden. Über die Ergebnisse der Aktivitäten ist der Stadtrat bis spätestens Oktober 2016 zu informieren.

Daraufhin fasst der Stadtrat mit 27 Ja-Stimmen bei 20 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Die Hundesteuersatzung der Stadt Zwickau wird gemäß Anlage 1 neu gefasst.

Die Anlage ist als Anlage 1 Bestandteil der Niederschrift.

2.2. Änderung der Parkgebührenordnung

BV/014/2016 Ordnungsamt, Rechtsamt

BM Meyer führt aus, dass sich die einen für kostenfreies Parken oder zumindest für niedrige Parkgebühren aussprechen würden mit dem Hauptargument, Belebung der Innenstadt. Belastbare Zahlen zu gestiegenen Umsätzen des Handels oder erhöhte Besucherfrequenzen lägen jedoch nicht vor und leere Schaufenster bzw. Schließung von Handelseinrichtungen seien nach wie vor zu verzeichnen.

BM Meyer erläutert, dass man den gestrigen Medien habe entnehmen können, dass Gutachterfirmen für Chemnitz zu dem Ergebnis gekommen seien, dass das testweise eingeführte kostenfreie Parken an Wochenenden nicht die erhofften Impulse für die Innenstadt gebracht hätten. Die Parkplatzauslastung sei zwar gestiegen, die erhoffte Belebung der Innenstadt sei jedoch ausgeblieben. Andere wiederum, so führt **BM Meyer** aus, würden gegenläufige Positionen vertreten. So würde beispielsweise argumentiert, relative hohe Parkgebühren würden notwendige Anreize zum Umsteigen auf den ÖPNV oder das Rad setzen. Außerdem würden Parkgebühren sichern, dass vorhandene Parkplätze nicht durch Dauerparker stundenlang blockiert, sondern rasch wieder frei würden.

BM Meyer: „Was schlägt Ihnen die Verwaltung mit der Änderung der Parkgebührenordnung für Zwickau vor? Kurz zusammengefasst geht's um

- zusätzliche bewirtschaftete Parkflächen,
- Änderungen in der Zuordnung bei vorhandenen Parkflächen und
- nach 10 Jahren eine Anhebung der Gebühren

In den Medien wurden die geplanten Änderungen dankenswerterweise bereits ausgiebig und wie gewohnt kommuniziert. Daher kann ich mir ersparen, auf die einzelnen Details einzugehen.“

BM Meyer erklärt, dass im Finanzausschuss die Drucksache in drei Lesungen behandelt und kontrovers diskutiert worden sei. Anfänglich sei sogar von den Ausschussmitgliedern, nicht von der Verwaltung, die Brötchentaste in Frage gestellt und auch eine noch stärkere Anhebung der Gebühren für vertretbar erachtet worden. Letztendlich habe der Ausschuss jedoch mit 5 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung lediglich zwei Änderungen zur Verwaltungsvorlage empfohlen. Die Gebühren in den Parkzonen I und II sollen lediglich um jeweils 10 Cent angehoben werden.

BM Meyer wirbt um Zustimmung zur Beschlussvorlage der Verwaltung.

StR Wöhl äußert sich zum Thema Parkgebühren dahingehend, dass man im Finanzausschuss sehr kontrovers diskutiert habe.

Die Fraktion DIE LINKE hätte den Vorschlag der Verwaltung mitgetragen. Daher wolle die Fraktion nun den Änderungsantrag aus dem Finanzausschuss ablehnen.

StR Wöhl begründet dies damit, dass zu Beginn der Haushaltsverhandlungen die Verwaltung einen Vorschlag eingebracht habe, in dem die Brötchentaste Bestand haben sollte. Die Mitglieder des Finanzausschusses seien sich damals aber mehrheitlich einig gewesen, dass die Brötchentaste keinen nachweisbaren Nutzen gebracht habe und somit wieder abgeschafft werden sollte. Allein die Abschaffung der Brötchentaste hätte der Stadt Mehreinnahmen von 160.000,00 Euro gebracht.

Damit, so argumentiert **StR Wöhl**, hätte man zum Beispiel das von der eigentlich sozial eingestellten SPD und natürlich von CDU nicht mehr gewollte Obstfrühstück finanzieren können. Der Änderungsantrag der CDU und SPD führe allein im Gegensatz zu dem ersten Vorschlag der Verwaltung zu Mindereinnahmen. Die Mitglieder würden damit wissentlich auf regelmäßige Einnahmen verzichten und sich von der „Sozialen Stadt Zwickau“ verabschieden, so **StR Wöhl**. Er sagt, dass die Fraktion DIE LINKE auch den letzten Vorschlag der Verwaltung in Gänze mitgetragen hätte, denn damit hätte man die vielen Einschnitte im Sportbereich und im Sozialbereich fast zu 100 Prozent kompensieren können. Er sagt, dass die Abwägung in der Fraktion DIE LINKE geheißen habe: „Kinder und Sport“ oder „Autofahrer“ und da gebe es für die Fraktion keinen Sinneswandel: Kinder seien die Zukunft und Sport trage nicht nur zur Entwicklung der Kinder bei, sondern - unter anderem - auch zur Entstehung von Teamgeist, Aufgeschlossenheit und Toleranz. Er meint, dass die Fraktion DIE LINKE von der CDU nichts anderes erwartet habe. Jedoch könne er nicht nachvollziehen, dass die SPD dieses perfide Spiel mit der CDU mitmacht.

StR Dr. Luther beschreibt den Diskussionsverlauf im Finanzausschuss. Im Wesentlichen gehe es ihm insgesamt darum, ein Ziel zu formulieren, was man insgesamt für die Stadt Zwickau erreichen will. Er führt aus, dass auch mit allen Änderungen, wenn sie denn beschlossen werden, die Stadt Zwickau eine soziale bliebe. Wichtig sei auch die Frage, was man für die Innenstadt, für die Wirtschaftsförderung tun muss. Eine unverhältnismäßig hohe Parkgebührenerhebung würde nicht zur Innenstadtbelebung beitragen, meint er. Dabei erinnert er an ein von der Industrie- und Handelskammer verfasstes Schreiben, was offensichtlich nicht in der Stadtverwaltung eingegangen sei. In diesem Schreiben gehe es um die Wichtigkeit zum Erhalt der „Brötchentaste“. Dies sei in der CDU-Fraktion nicht unberührt gewesen, sagt er. In der Fraktion sei die Frage aufgeworfen worden, aus welchem Grund die Erhöhung überhaupt stattfinden soll. Das rette den Haushalt ja auch nicht, befindet er. Aber, da die Parkgebühren sehr lange nicht erhöht worden sind, sei dieses Ansinnen legitim. Die Vorlage der Verwaltung mit der angesetzten Erhöhung erschien der Fraktion CDU zu hoch, sagt **StR Dr. Luther** und erklärt, dass man deshalb einen entsprechenden niedrigeren Ansatz vorgeschlagen habe. Abschließend geht er auf den Prüfauftrag der Fraktion CDU an die Verwaltung ein, um für Dauerparker eine Möglichkeit zu schaffen, eine günstigere Monatskarte erwerben zu können.

OBin Dr. Findeiß stellt richtig, dass die Verwaltung die Abschaffung der „Brötchentaste“ nicht vorgeschlagen habe.

StR Dörner geht auf die Schwierigkeit in der praktischen Umsetzung am Parkautomaten ein. In Umsetzung der hier aufgeführten Anträge müsste jede Person viel Kleingeld bei sich tragen. Die Vorschläge empfinde er als nicht durchdacht, deshalb könne er der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

StR Heinzig bittet zunächst um einen sachlichen und fairen Umgang untereinander. Die Diskussion zeige auf, in welchem Dilemma die Politik sich befinde. So würde man sich in einem Spannungsfeld zwischen Finanz- und Wirtschaftspolitik befinden. Da der Erhalt der freiwilligen sozialen Leistungen nur mit erhöhten Einnahmen zu erreichen sind, empfinde **StR Heinzig** als völlig richtig, was auch die Diskussion im Finanzausschuss gezeigt habe. Fraglich ist die Sinnhaftigkeit. Denn auf der einen Seite sei am Sonntag die Innenstadt zu wenig belebt und am Montag sollen genau in dieser Innenstadt dramatisch die Parkgebühren angehoben werden. Das sei nicht ehrlich und nicht sinnvoll, gibt er zu verstehen. Es gebe zwar keine signifikante Nachweise darüber, dass niedrige Parkgebühren und Brötchentaste zur Belebung der Innenstadt führen. Es gebe aber auch keine gegenteiligen Belege. Den Kompromissvorschlag der Fraktion CDU halte die Fraktion SPD für tragfähig. Weiterhin verweist er auf den Zusatzantrag der CDU-Fraktion und wirbt für diesen.

StR Dr. Schick kritisiert die Ausführungen von StR Wöhl und wirbt stattdessen um Zustimmung zur Vorlage.

StRin Arndt erklärt die Thematik als einfallslos und nervig, als Mittel der Wahl sofort die Parkgebühren in einer Innenstadt zu erhöhen, um die Haushaltslage zu verbessern. Die zu erreichenden Mehreinnahmen lägen gerade einmal zwischen 130.000 und 500.000 Euro, angesichts des Haushaltsloches mit einem Defizit in Höhe von knapp 30 Mio. Euro. Auch sei es widersinnig, so **StRin Arndt**, dass Initiativen gegründet werden und dass ein Stadtmann angestellt werden soll, der der Innenstadt zu mehr Ansehen und Geltung verhelfen soll. Fakt ist, so betont **StRin Arndt**, dass sich jeder Bürger über kostenfreies Parken freue. Darum gehe es schließlich, unterstreicht sie und stellt darüber hinaus klar, dass es wichtiger sei, sich im Vorfeld über ein Parkraumkonzept zu verständigen, um den Bedarf zu ermitteln. **StRin Arndt** geht anschließend auf einige in Zwickau vorgehaltene Parkflächen ein, die man aufgrund ihres Zustandes als solche gar nicht bezeichnen könne. Bei Erhebung einer Gebühr sei es demnach angebracht, diese Parkflächen entsprechend aufzuarbeiten. Schließlich gebe es viele Menschen, die in der Stadt arbeiten. Denen müsse die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Autos vernünftig abstellen zu können. Auf Alternativen könne man kaum noch zurückgreifen. **StRin Arndt** werde dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

StR Itzek stellt heraus, dass auch er sich im Finanzausschuss rege an der Diskussion um die Parkgebühren beteiligt habe. Es sei korrekt, dass die Stadt Einnahmen generieren müsse. Er freue sich, dass es mit der Fraktion BfZ/Grüne Übereinstimmung zu seinem aufgegriffenen Vorschlag eines Parkraumkonzeptes gebe und geht im Nachgang auf dessen Notwendigkeit ein. Dieser Vorschlag nach tiefgreifenden Untersuchungen sei im Finanzausschuss von der Fraktion BfZ/Grüne eingebracht, jedoch von den restlichen Mitgliedern abgelehnt worden. Deshalb werde er heute den Vorschlägen nicht folgen.

StR Müller stellt fest, dass die Verwaltung nicht leichtfertig mit dem Thema umgegangen sei, schließlich basieren die Daten auf Vergleichen mit anderen Städten. Er gehe davon aus, dass die Umstellung der Automaten nicht günstig wird. Er schlägt überdies zwei Möglichkeiten zur Nutzung der „Brötchentaste“ vor, die man für die Zukunft bedenken könne.

StR Dr. Luther reflektiert, dass ein Parkraumkonzept sicher umsetzbar sei. Jedoch stünde möglicherweise Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis. Weiterhin reagiert er auf StR Dörners Aussagen, was das Kleingeld betrifft.

StR Itzek sagt: „In Verbindung mit der Entwicklung unserer Kernstadt der Innenstadt und die Entscheidung im Handelsbereich der Vergangenheit zeigen jetzt ihre hässliche Frat-

ze...Warum? Weil sich die Kernstadt im Gebiet auf eigener Flur mit den damals weitreichenden Folgen mit Handel im Außenbereich beschäftigt hat und diese heute aufwarten mit kostenlosen Parkplätzen..." Darüber, so betont **StR Itzek**, müsse heute gesprochen werden. Denn, so führt er aus, solange sich die Kernstadt in diesem stetigen Wettstreit befinde, Globuscenter etc., würde sich die Situation nicht verbessern. Man spreche hier über Symptome und nicht über Problemlösungen. Es fehle an Zahlen und Fakten, um in Ruhe und vernünftig die Entscheidung darüber zu treffen. Auch könne zum heutigen Zeitpunkt keine konkrete Aussage über die Effekterzielung der „Brötchentaste“ getätigt werden, wenn bisher noch keine Vergleiche angestellt worden sind. Er wirbt abschließend für eine Vertagung der Vorlage, um einen sachlichen und guten Weg einzuschlagen.

OBin Dr. Findeiß weist die Stadträte darauf hin, dass es in der Verwaltung ein Konzept für den erweiterten Innenstadtbereich in Bezug auf das Parken gebe. Bei Interesse sei dies jederzeit einsehbar.

StR Drechsel reagiert darauf und möchte wissen, warum das noch nicht umgesetzt worden ist? Er wirbt für differenzierte Lösungen für Zwickau. Deshalb benötige man professionelle Hilfe, wie diese Diskussion heute und aus dem Finanzausschuss heraus zeige.

StR Feustel merkt an, dass die Innenstadtbelegung unter Erhalt der „Brötchentaste“ Ziel sei. In der Fraktion habe man stark diskutiert, was denn gut sei für die Stadt. Andererseits müsse man auch und damit stellt er auf die Aussage von StR Wöhl ab, die finanzielle Lage der Stadt Zwickau bedenken, auch wenn es nur kleine Schritte sind. Um die Härten heraus zu nehmen, gebe es speziell nur im Kern der Stadt die moderaten Erhöhungen. **StR Feustel** konstatiert, dass es sich lohnen müsse, mit dem Auto in die Stadt zu fahren und verweist auf die Angebote des ÖPNV.

Auf Empfehlung des Finanzausschusses fasst der Stadtrat mehrheitlich folgenden Beschluss:

Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten es für Dauerparker, z. B. Arbeitnehmer, die in der Innenstadt arbeiten, gibt, ein günstigeres Wochen- oder Monatsparkticket zu erwerben und darüber den Finanzausschuss zu unterrichten.

Auf Empfehlung des Finanzausschusses fasst der Stadtrat mit 25 Ja-Stimmen bei 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Entwurf der 3. Änderungsverordnung zur Verordnung der Stadt Zwickau über die Festsetzung von Parkgebühren vom 29.11.2006 wird im § 2 wie folgt geändert:

§ 2

Der § 4 der Parkgebührenordnung erhält folgende Fassung:

§ 4

Höhe der Parkgebühren

Abs. 1	Parkzone I	bis zu 30 Minuten kostenfrei 0,60 € / angefangene 1/2 Stunde ab 120 Minuten Tagesgebühr von 8,00 €
	Parkzone II	bis zu 30 Minuten kostenfrei 0,50 € / angefangene 1/2 Stunde ab 240 Minuten Tagesgebühr von 6,00 €
	Parkzone III	bis zu 30 Minuten kostenfrei 0,40 € / angefangene 1/2 Stunde ab 180 Minuten Tagesgebühr von 4,00 €

**Auf Großflächen gilt eine
Tagesgebühr von 2,00 €.**

Daraufhin fasst der Stadtrat mit 25 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Die in Anlage 1 beigefügte 3. Änderungsverordnung zur „Verordnung der kreisfreien Stadt Zwickau über die Festsetzung von Parkgebühren vom 29.11.2006“ wird beschlossen.

Die Anlage ist als Anlage 2 Bestandteil der Niederschrift.

2.3. Schließung der Zweigstellen der Stadtbibliothek in den Stadtteilen Marienthal und Eckersbach

BV/006/2016 Finanzen und Ordnung

BM Meyer erläutert, dass mit dem letzten Haushaltssicherungskonzept die Schließung der beiden Zweigbibliotheken beschlossen worden sei. Erst mit der Fertigstellung der neuen Stadtbibliothek im Kornhaus würde sich nun die Möglichkeit der Umsetzung ergeben. Fast eineinhalb Jahre stünde nun den Zwickauerinnen und Zwickauern die neue Bibliothek zur Verfügung. Wie erhofft und erwartet, würde diese nicht nur von den Zwickauern sehr gut angenommen. Umgekehrt, so führt **BM Meyer**, aus, würden die Nutzerzahlen der beiden Zweigstellen in Marienthal und Eckersbach zeigen, dass diese vergleichsweise nur wenig genutzt würden. Da die für die Zweigbibliotheken gebundenen Mitarbeiterinnen dringend im Kornhaus gebraucht werden, geht der Vorschlag heute dahin, die beiden Zweigstellen in Marienthal und Eckersbach zum 30.06. dieses Jahres zu schließen.

BM Meyer teilt mit, dass der zuständige Fachausschuss dies auch so sehe. Er empfiehlt die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

StRin Brückner ergreift das Wort. Die Fraktion DIE LINKE habe sich eingehend mit dem Thema befasst und festgestellt, dass es sich um eine geringe finanzielle Größe handele. Dem Vorschlag wolle man deswegen nicht zustimmen, weil es viele ältere Menschen gebe, die diese beiden Bibliotheken nutzen.

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Zweigstellen der Stadtbibliothek Zwickau in Marienthal und Eckersbach werden zum 30.06.2016 geschlossen.

3. Anträge der Fraktionen

3.1. Priorisierung Ballsportzentrum Neuplanitz

AN/005/2016 Fraktion BfZ/Grüne

StR Drechsel trägt vor, dass es zu diesem Thema auch diverse öffentliche Diskussionen gegeben habe. Es bestünde innerhalb der Fraktion Einigkeit, den Antrag nicht zurückzuziehen. **StR Drechsel** wirbt um Zustimmung zum Antrag.

StR Heinzig konstatiert, dass man über das Thema bereits mehrfach diskutiert und viele Argumente ausgetauscht habe. Jede Schule brauche eine Sporthalle, so wie auch jede Schule einen Chemieraum oder ein Informatikkabinett benötige, betont er und fährt fort, dass Sport ein Unterrichtsfach sei. Wenn die Fraktionen CDU und SPD sich dafür stark machen, rede man primär über eine Unterrichtsstätte, somit auch über eine Pflichtaufgabe der Stadt Zwickau. Dass diese Sporthalle, während der unterrichtsfreien Zeit, auch von Sportvereinen genutzt werden könne, sei gut und richtig, aber nicht entscheidend, so **StR Heinzig**. Viel entscheidender, so veranschaulicht er sei es, dass sich die Halle so nah wie möglich am Hauptgebäude befinde und nicht in einem anderen Stadtteil. Damit sei der vorliegende Antrag nicht zielführend. Anschließend führt er auf, dass es hier auf Minuten ankomme und macht darüber hinaus deutlich, dass die Erreichbarkeit zwischen Schule und Sporthalle problemlos sein müsse. Der Standort „Am Biel“ sei nicht unbedingt die optimalste Lösung, jedoch nach vergeblichem Suchen durch die Verwaltung nach geeigneten Alternativen, sei dies der beste. **StR Heinzig** verleiht seinem Unmut darüber Ausdruck, dass er, in seiner

Position als Schulleiter, von der Politik im Vorfeld nicht zum Thema eingehender befragt worden sei, schließlich verstehe er etwas von Schulorganisation.

StR Heinzig stellt abschließend klar, dass die Fraktion SPD nichts gegen die Errichtung eines Ballsportzentrums habe, egal in welchem Stadtteil. Dies dürfe aber nicht auf Kosten der Kinder des Clara-Wieck-Gymnasiums geschehen.

StR Itzek geht noch einmal auf die finanziellen Mittel ein. Diese würden nun einmal nur für eine neue Sportstätte in der mittelfristigen Planung reichen. Auch die Fraktion AfD sei von Anfang an beim Grundtenor gewesen, dass jede Schule eine Sporthalle benötige. Daran sollte auch jetzt nicht mehr gerüttelt werden, befindet er. Auch das Ballsportzentrum in Neuplanitz sei von Vorteil, wenn es denn finanziell möglich wäre, führt StR **Itzek** aus und kritisiert in diesem Zusammenhang, dass man das eine nicht zur Bedingung von dem anderen machen könne. Er wirbt abschließend um Ablehnung des Antrages der Fraktion BfZ/Grüne.

StR Dörner erinnert noch einmal an die finanzielle Situation der Stadt Zwickau. Er stellt fest, dass die Kinder des Clara-Wieck-Gymnasiums bisher den Sportunterricht ohne Probleme an dem bisherigen Standort vorgenommen hätten. Die von StR Heinzig favorisierte Lösung koste der Stadt 5 Mio. Euro und das in einer Situation, die momentan nicht finanzierbar sei, konstatiert er. Für die Kinder müsse natürlich etwas getan werden. Im Ballsportzentrum könnten insgesamt sieben Vereine mit über 2.000 Mitgliedern trainieren, davon seien 80 Prozent Kinder. Ebenfalls sollen mit dem Clara-Wieck-Gymnasium vier Schulen das Ballsportzentrum für Sportunterricht nutzen. **StR Dörner** wirbt abschließend für den Antrag der Fraktion BfZ/Grüne.

StRin Drechsel teilt mit, dass auch sie als Jugendliche sehr weit zu einer Turnhalle laufen musste, um dem Sportunterricht nachzugehen. Sie möchte für die Kinder und Jugendlichen, die jetzt das Clara-Wieck-Gymnasium besuchen, eine weise Entscheidung herbeigeführt haben. Sie empfiehlt deshalb, noch einmal nach einem optimalen Standort zu suchen. 1993 sei das Clara-Wieck-Gymnasium umfangreich saniert worden, erinnert sie und fragt sich, warum man damals die Turnhalle nicht mit eingeplant hat. Am Ende gehe es um die Bürger der Stadt Zwickau, um Steuergelder, konstatiert **StRin Drechsel** und schließt damit, dass sie sich von den Jugendlichen nicht vorwerfen lassen möchte, wie unweise man gehandelt habe.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion BfZ/Grüne ab:

1. Der Bau des Ballsportzentrums Neuplanitz erhält in der Sportstättenleitplanung höchste Priorität und ist in die Haushalte ab dem Jahr 2016 einzuordnen. Der Bau der Sporthalle am Biel sowie die Instandsetzung des Turnerweges werden zurückgestellt und die dafür vorgesehenen Mittel im Haushalt freigegeben.
2. Der zur Ratssitzung am 24.09.2015 zurückgestellte Grundsatzbeschluss zum Ballsportzentrum Neuplanitz (BV/160/2015) ist in einer Weise umzusetzen, dass der Schulsport des Clara-Wieck-Gymnasiums ohne Einschränkungen in diesem Hallenkomplex durchgeführt werden kann.
3. Über den Bau einer eigenen Sporthalle für das CWG ist nach Fertigstellung des Ballsportzentrums Neuplanitz unter Berücksichtigung des dann tatsächlich gegebenen dauerhaften Bedarfs an Hallenkapazitäten durch den Stadtrat neu zu befinden.

3.2. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit vom 07.12.2009

AN/001/2016 Fraktion AfD

StR Itzek vermittelt einen Überblick zum Ansinnen des Antrags.

StR Itzek begründet anschließend den Antrag der Fraktion AfD und zieht dabei den Vergleich zu anderen Gremien. Eine Angleichung an diese wäre schon wegen der Gleichberechtigung angezeigt, befindet er. Anschließend zitiert er aus einem Artikel im Dezember des Verfassers Wilfried Christer, welcher in der Behindertenarbeit in Zwickau sehr engagiert sei und alle erreicht habe. Dort sei es um die Nachkalkulation der Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit und Geschäftsführungskosten Fraktionen gegangen. Er habe geschrieben, dass einerseits überall gespart werde, jedoch bei sich selber würden die Stadträte nicht sparen. **StR Itzek** bittet die Stadträte sich darauf zu besinnen, dass diese für die Bürger der Stadt tätig sind und wirbt abschließend um Zustimmung zum Antrag.

StR Dr. Schick hingegen schlägt vor, dass man zum selbigen Einsparergebnis kommen würde, wenn man sich in den Diskussionen kurz fassen würde. Er meint, dass sich seit Einzug der neuen Parteien die Ausschusssitzungen um ein vielfaches verlängert hätten. Er sei nicht bereit, durch Senkung des Sitzungsgeldes die angefallenen Stunden zu legitimieren, vielmehr sollte mittels konstruktiver Diskussion die Sitzungsdauer und damit die Sitzungsgelder eingedämmt werden.

StRin Brückner führt aus, dass sich die Fraktion DIE LINKE intensiv mit dem Antrag beschäftigt habe mit dem Ergebnis, dass man sehr wohl bereit sei, diesen freigewordenen Betrag für Einrichtungen (Jugendclub Spinnwebe, SOS-Kinderdorf) zu verwenden, damit diese weiterbetrieben werden können.

StRin Arndt widerspricht den Aussagen von Dr. Schick, dass seit Einzug der neuen Parteien die Sitzungen länger dauern würden. Schließlich sei es wichtig, sich ernsthaft mit den Themen auseinanderzusetzen. Sie fühle sich persönlich angegriffen und bezeichnet es als frech, dies in dem Zusammenhang so zu erwähnen. Die Sitzungen dauern sicher lange, befindet sie. Aber möglicherweise sei das im Kontext damit zu sehen, dass die neuen Fraktionen neue Ansätze einbringen. Aus ihrer Sicht sei es demnach wichtig, ordentlich zu debattieren und die Möglichkeit einer fraktionsübergreifenden Abstimmung vor den Ausschüssen zu nutzen, so wie es der Vorschlag der Fraktion BfZ/Grüne vorsehe, welcher bisher leider kaum genutzt worden sei. **StRin Arndt** wolle dem Antrag ihre Zustimmung nicht erteilen, denn sie sei sehr engagiert und bringe sehr viel Zeit ein. Die Aufwandsentschädigung, die sie bekommt, stünde möglicherweise nicht im Verhältnis zu dem Aufwand, den sie betreibe. Sie wirbt abschließend für die Führung einer aktiven Diskussion, denn das sei die Basis der Demokratie.

StR Reischl geht mit StR Dr. Schick konform, was die Sitzungslänge in der letzten Zeit betrifft. Jedoch sehe er den Antrag der Fraktion AfD als Populismus. Wenn man das tatsächlich ernst meine, dann müsse das Ehrenamt kostenlos ausgeübt werden.

StR Dr. Luther stellt fest, dass die Sitzungsdauer wohl tatsächlich umfassender geworden sei, was der Beschluss im letzten Jahr hinsichtlich der Nachkalkulation deutlich gemacht habe. Doch, befände er sich seit 25 Jahren in der Demokratie und diese benötige Zeit. Diese Zeit, die der Bürger draußen nicht sehen könne, seien unter anderem Aufwendungen zur Vorbereitung des Haushaltes, die nicht entschädigt werden. Er plädiert dafür, dass gute Politik gemacht wird und stimmt überein mit StRin Arndt, die Zeit für fraktionsübergreifende Gespräche zu brisanten Themen im Vorfeld zu nutzen. Schließlich müsse man sich daran erinnern, dass man als Stadtrat für die Bürger der Stadt Zwickau da ist. **StR Dr. Luther** sei für die Bürger in Zwickau da und das mit ganzem Herzen. „Politik kostet Geld“... äußert **StR Dr. Luther** und ergänzt, dass man die Alternativen auch schon hatte, vor 25 Jahren und davor... und diese hätten viel mehr Geld gekostet. Abschließend führt er aus, dass auch er den Antrag der Fraktion AfD für populistisch halte.

StR Heinzig stimmt dem zu, jedoch sei keiner von Populismus befreit und gehöre zu jeder politischen Auseinandersetzung dazu. **StR Heinzig** spricht jedoch bei dem Antrag der AfD von Übertreibung und benennt die Relation zum Gesamthaushalt. Er sei der Auffassung, dass alle gewählten Bürgervertreter engagiert für das Wohl von Zwickau an die Arbeit gehen. Einigkeit bestünde dabei nicht immer, so **StR Heinzig**, aber er sei überzeugt, dass dieses Ehrenamt, sofern man dies verantwortungsbewusst ausübe, mit immenser Arbeit und Zeit verbunden sei, die man als Stadtrat bereitstellen müsse. Diese ehrenamtliche Tätigkeit müsse etwas wert sein, so wie jedes Ehrenamt etwas wert sein müsse. Dies müsse eher gestärkt als geschwächt werden, und zwar mit einer starken Verwaltung und einem starken Stadtrat, betont **StR Heinzig**. Die Entschädigung der Stadt Zwickau sei seit über zehn Jahren nicht mehr erhöht worden, dafür gebe es auch keine Veranlassung. Jedoch gebe es auch keine Veranlassung dazu, diese zu reduzieren, sagt er und ergänzt, dass die Fraktion SPD den Antrag ablehnen wolle.

StR Itzek reagiert anschließend auf die einzelnen Aussagen. Er weist den Vorwurf, Populismus zu betreiben, strikt zurück. Denn schließlich hätte es auf der Grundlage des Antrages auch Änderungsanträge zu den soeben ausgeführten Vorschlägen geben können und reagiert damit auf die Aussage von **StR Reischl**.

StR Itzek gibt zu verstehen, dass die Verwendung der Mittel für sinnvolle Projekte eingesetzt werden könnten. In Achtung der Ehrenamtlichkeit und Aufwandsersatzes dieser Tätigkeit sei eine Anpassung angestrebt und nach Meinung der Fraktion AfD notwendig. Er begründet dies damit, dass der gesetzliche Mindestlohn auch bei 8,50 Euro liege und die erste Stunde nach Entschädigungssatzung hingegen bei 25,00 Euro und das - so betont **StR Itzek**, sei nicht zu erklären.

StRin Drechsel legt ihre Betonung darauf, dass sie den Anspruch habe, eine sehr gute Politik zu führen, und zwar unter Einbeziehung aller 48 Stadträte. Sie vertritt den Standpunkt, dass sehr viele kreative Menschen dabei seien. Finanzpolitik sollte deshalb nicht nur von drei Stadträten betrieben werden.

StR Drechsel bezieht sich auf die Geschäftsordnung. Diese bedürfe einer dringenden Überarbeitung. Er sei sich sicher, dass die Verwaltung bereits daran arbeite, genauso wie an der Hauptsatzung. Damit könne das Thema noch einmal in Ruhe besprochen werden.

StR Dr. Böttger geht noch einmal auf die Aufwandsentschädigung der Stadträte ein und befindet, dass es noch andere Möglichkeiten gebe, einen Beitrag zu einem Ehrenamt zu leisten. So könne man sich zum Beispiel im „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ oder im Gasometer ehrenamtlich engagieren. Insgesamt sei es so, dass sich das Ehrenamt finanziell für den Einzelnen nicht lohnen würde, meint er.

StR Rudolph fragt in diesem Zusammenhang, was denn der Bürger denken soll. Denn man streiche soziale Leistungen für alle, erhöhe die Hundesteuer und andere Gebühren und man sei im Gegenzug nicht bereit, über den Etat des eigenen Ehrenamtes nachzudenken. Auch wenn der Antrag eine populistische Richtung habe, so empfiehlt **StR Rudolph** dennoch die Zustimmung zum Antrag.

OBin Dr. Findeiß schlägt anschließend eine zwanzigminütige Pause bis 17:15 Uhr vor.

Der Stadtrat fasst mit 15 Ja-Stimmen bei 26 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit vom 07.12.2009 wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

Somit ist der Antrag abgelehnt.

4. Beschlussvorlagen zu Sachentscheidungen

4.1. Haushaltssatzung der Stadt Zwickau für das Haushaltsjahr 2016 (2. Lesung und Beschlussfassung über Haushaltssatzung)

BV/001/2016 Finanzen und Ordnung

StR Wöhl geht auf die im Finanzausschuss eingebrachten Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE ein. Die ersten drei Anträge würden sich zunächst auf die Rücknahme der geplanten Kürzungen beziehen.

Der erste Antrag, mit einem Volumen von 212.000,00 Euro, so leitet **StR Wöhl** ein, betreffen Kürzungen im Sportbereich. Das bedeute konkret - sollten die Anträge abgelehnt werden, dass die Vereinspauschale um 25 Prozent gekürzt würde, dass die Übungsleiter-Pauschale um 50 Prozent gekürzt würde und hieße auch, dass die Vereine für die lizenzierten Übungsleiter, die sich sehr oft aufopferungsvoll um die Kinder kümmern würden, nicht mehr 50 Euro im Jahr, sondern nur noch 25 Euro jährlich erhielten. Dies, so schließt **StR Wöhl** daraus, ziehe in der logischen Konsequenz eine Änderung der Sportförderrichtlinie nach sich. Die Kürzungen im Sportbereich würden zudem bedeuten, dass die Kaderathleten, die Zwickau auf nationalen und internationalen Wettkämpfen vertreten, 50 Prozent und der weitere Leistungssport 25 Prozent weniger Unterstützung bekommen. Auch dem Breitensport sollen rund 20 Prozent der Gelder weggenommen werden, kritisiert **StR Wöhl** und betont, dass sich damit der Name „Sportstadt Zwickau“ wohl erledigt hat.

StR Wöhl setzt fort, dass es sich ihm nicht erschließe, wie das der Vorsitzende des Kreis-sportbundes Zwickau, der auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD sei, vertreten kann.

Der zweite Antrag, so beschreibt **StR Wöhl**, beziehe sich auf die Kürzungen im Bereich der freien Kinder- und Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege. Hier stünden immer noch 128.550,00 Euro zur Disposition. Der dritte Antrag mit einem Volumen von 120.000,00 Euro stellt auf das kostenlose Obstfrühstück ab, das einmal pro Woche für alle Kinder und Jugendlichen in Zwickauer Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Förderschulen ausgegeben würde. Leider sei es eben nicht so, dass alle Kinder regelmäßig frisches Obst zu Hause angeboten bekommen. Daher würde es die Fraktion DIE LINKE für schändlich halten, bei den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft zu sparen. Sollte eine Einrichtung auf das Obstfrühstück verzichten wollen, würde ein Anruf bei der Verwaltung genügen und eine andere Einrichtung könne sich freuen, sagt er.

StR Wöhl geht danach auf den zweiten Teil der Anträge von DIE LINKEN-Fraktion ein, und zwar Restriktion und Prävention. So habe man mehrfache Anfragen zum Thema Polizeiordnungsdienst und dessen Personalstärke gestellt. Man stünde vor neuen Herausforderungen aufgrund der aktuellen politischen Situation und vor dem Hintergrund der wachsenden Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung. Aufgrund der erhöhten Aufgabenmenge des Polizeiordnungsdienstes, so zum Beispiel durch die Absicherungen von Stadtratssitzungen und Einwohnerversammlungen, die Begleitung im Bereich Flüchtlingsunterbringung und -verteilung, die Anzahl der abzusichernden Demonstrationen, sei die Kapazitätsgrenze für die drei Dienstgruppen des Stadtordnungsdienstes erreicht, betont **StR Wöhl**. Daher sehe man hier einen dringenden Mehrbedarf von mindestens vier Stellen. „Ja, wir sind nicht zuständig für die Aufgaben der Vollzugspolizei. Aber es nützt nichts, nur auf den Freistaat zu zeigen. Was wir in diesem Bereich tun können, sollten wir auch tun... und das sage ich hier mit Nachdruck in die Richtung des Obersten Polizisten in unserer Stadt. Und das ist nach Sächsischen Polizeigesetz unsere Oberbürgermeisterin und - dafür hätten wir sogar noch eine Finanzierung. Diese könnte erfolgen über Mittel Beamtenversorgung. Es gibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Sonderzahlungen. Es wurden Rückstellungen für Dienstaufwendungen für Beamte gebildet...“, so **StR Wöhl**. Abschließend vermittelt er, dass vor allem Jugendliche besser präventiv betreut werden müssen. Dafür benötige man mehr Streetworker. Demzufolge fordere man mehr Mittel für zwei zusätzliche Stellen für Streetworker, die bei einem Freien Träger angesiedelt werden sollen, auch, wenn dazu der Landkreis zuständig ist.

StR Dr. Luther geht anschließend auf den Wertegang des Zustandekommens eines Haushaltsplanes ein und beschreibt, was sich für 2016 geändert hat. Demnach habe es aufgrund der Gewerbesteuererhöhungen erhebliche Einschränkungen gegeben. Dies habe dazu geführt, dass die Verwaltung beschlossen habe, das bisherige Eckwertepapier zurückzuziehen und einen neuen Haushaltsentwurf zu erarbeiten. Dieser sei im Januar eingebracht worden und als Finanzausschuss habe man sich intensiv damit beschäftigt mit dem Ergebnis, dass das Ausgabevolumen um 20 Mio. Euro entsprechend tiefer angesetzt sei. Durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen habe letztlich die Entnahme aus der Rücklage in etwa beibehalten werden können, vermittelt er. Es sei nicht ganz einfach, so **StR Dr. Luther**, was die mittelfristige Planung betreffe und beschreibe damit die Möglichkeiten aus der Finanzmittelausgleichszuweisung. Schließlich rechne man aber damit, dass sich die Gewerbesteuererhöhungen wieder erholen und erwähne entsprechende Annahmen. Bis dahin sei die Liquidität gesichert, danach jedoch sei sie nicht mehr planmäßig gegeben. Nun seien 2019 wiederum Kommunalwahlen angesetzt, außerdem ende da die Legislatur des Finanzbürgermeisters. Aber, so erwähnt **StR Dr. Luther**, wolle man auch danach noch Kommunalpolitik betreiben. Deshalb sei es notwendig, dass man bei Ausgabenreduzierung den Haushalt konsolidiere. Als Fraktion CDU habe man bereits im letzten Jahr die Bildung eines Arbeitskreises „Finanzielles Handlungskonzept 2025“ angeregt.

StR Dr. Luther (es gilt das gesprochene Wort):

„Was ist passiert im Vergleich zum vorher geplanten Haushalt?“

1. Es gibt den Verzicht und das Verschieben von Großprojekten - Archivneubau. Das ist schmerzlich, denn es handelt sich um eine Pflichtaufgabe. Ich denke es wird in Zukunft ein neuer Anlauf nötig sein, um zu überlegen, wie man den unbefriedigenden Zustand in Zwickau in den Griff bekommen.

2. Das Ballsportzentrum Neuplanitz ist sicherlich auch schmerzlich.... Es ist vor allem deswegen gestrichen worden, weil die geplanten 6 Mio. Euro Kredit nicht genehmigungsfähig sind. Warum?

Weil wir unsere Nettoinvestitionsrate nicht erfüllen können. Was heißt das eigentlich? Letztendlich heißt es, für müssten im Ergebnishaushalt nicht nur die Tilgung unserer derzeitigen Zinsen erwirtschaften, sondern man muss darüber hinaus auch noch die Investitionen erwirtschaften. Das machen wir nicht. Das zeigt aber deutlich, wo unser Haushalt steht... Also wurde das Ballsportzentrum gestrichen, muss aber irgendwann später wieder auf den Plan gerufen werden.

3. Herr Wöhl, Sie haben einige Ihrer Anträge vorgetragen. Sie wollen die sozialen Leistungen zurückdrehen. Das kann ich verstehen, hilft uns nur überhaupt nicht, die Aufgaben zu lösen, die wir global haben, um einen vernünftigen Haushalt in Zukunft behalten zu können. Sie wollen auch an dem Ballsportzentrum festhalten und wollen dafür, die Turnhalle für das Clara-Wieck-Gymnasium streichen und das Sportforum „Sojus“ stilllegen... Herr Heinzig, Sie haben es heute ausdrücklich erwähnt, der Fachmann zu sein und haben erläutert, warum man eine Turnhalle beim Gymnasium braucht, wir unterstützen das ausdrücklich.

3. Es gibt seitens der Verwaltung Kürzungen im Ergebnishaushalt. Das halte ich für richtig. Denn klar ist, wir müssen im Ergebnishaushalt die Ausgaben reduzieren, um Geld für Investitionen freizubekommen (Nettoinvestitionsrate). Das ist auch schmerzlich... Wir müssen verantwortungsvolle Haushaltspolitik betreiben, deshalb ist es schmerzlich, aber nötig und so wie es vorgeschlagen ist, ausgewogen. Wir haben im Finanzausschuss bereits, was auch die heute vorliegenden Beschlussempfehlungen sind, Anträge der SPD-Fraktion zugestimmt, einige Kürzungen zurückzunehmen. Warum? Auch wenn ich es für sachlich richtig empfinde, was die Verwaltung vorgeschlagen hat, ist ein anderes Handeln manchmal geboten. Es gibt hochpolitische Themen in hochpolitischen Zeiten, da kann man nicht immer nach sachlichen Argumenten folgen, sondern muss eben politisch entscheiden. Deshalb folgen wir den Vorschlägen der SPD-Fraktion. Wenn man einen Weg einschlägt, zu konsolidieren, kann man nicht alles machen, deshalb kann man den Vorschlägen der Fraktion DIE LINKE nicht folgen. Sie verschieben aus dem Investitionshaushalt Geld in den Ergebnishaushalt. Das geht aus meiner Sicht nicht. Was Sie nicht erwähnt haben möchte ich erwähnen, und zwar wollen Sie die anstehende Theatersanierung um wenigstens zwei Jahre verschieben und dafür einen neuen Architektenwettbewerb haben. Ich denke, auch über das Theater ist hier schon sehr lange gesprochen worden. Ich glaube, es gibt genügend Fachleute, die sich intensiv eingebracht haben in die Diskussion. Das ist für mich eine abgeschlossene Sache. Auch wenn es

viel Geld bedeutet, halte ich es für richtig, dass die Verwaltung mit ihrer Vorlage zum Haushalt sagt, ‚wir wollen dieses Projekt durchführen‘. Vielleicht noch eine Bemerkung zu den Ordnungsdienstkräften, den vier. Das finde ich auch toll. Im Haupt- und Verwaltungsausschuss ist das ausführlich diskutiert worden. Ich will nur ein Zahlenspiel am Ende machen. Die vergleichbare Personenzahl der Ordnungsdienstkräfte in Chemnitz, die dieselbe Aufgabe erfüllen, nach heutigem Erkenntnisstand, hat Chemnitz ein Drittel von dem, was Zwickau hat. Ich denke, bei aller gefühlten Unsicherheitslage, die so nicht gegeben ist, glaube ich nicht, dass wir hier einen Mehrbedarf haben.

4. Die Verwaltung hat Einnahmeverbesserungen vorgeschlagen. Es sind heute die Themen Parkplatzgebühren und Hundesteuer beschlossen worden. So kann ich sagen, dass das, was die Verwaltung in der Vorlage vorgeschlagen hat, geht in die richtige Richtung, es reicht aber aus meiner Sicht nicht aus. Das eine Thema zur Straßeninstandsetzung, hier haben wir 8 Mio. Euro Abschreibung. Aber es gibt auch abgeschriebene Straßen und es ist die Antwort der Verwaltung. Diese sagt, um den schlechten Zustand der Straßen erhalten zu können, müsste man 10 Mio. Euro jährlich in die Instandsetzung von Straßen stecken. Der Ist-Stand beträgt 4,5 Mio. Euro. Deshalb haben wir eben auch Anträge gestellt... Wir wollen mittelfristig die Kosten senken. Ein zweiter Antrag beschäftigt sich mit den Gewerbesteuerereinnahmen. Die sollen zukünftig verbessert werden. Wir haben Volkswagen und Zuliefererbetriebe. Wir müssen die Wirtschaft weiter aufstellen. Das ist eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Das Zahlenspiel sei mir noch erlaubt. Es steht drin für die Planstraße Süd 1,6 Mio. Euro, für den Breitbandausbau 1,8 Mio. Euro, hier muss man die Fördermittel wieder abziehen, um zu wissen, was aus dem Haushalt kommt. Wir haben die WLAN-Hot-Spots, wir haben den Grunderwerb und wir haben Mittelübertragung beim Thema Aktivist. Das ist die gesamte Wirtschaftsförderung der Stadt Zwickau. Das ist, glaube ich, nichts. Aus diesem Grunde wollen wir Geld investieren, dass es eine Initiative gibt, ein Gründer- und Technologie sowie Innovationszentrum zu schaffen (Start-Up) gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, Industrie- und Handelskammer, mit der Sparkasse etc... Heute steht in der „Freien Presse“, der Haushalt steht auf der Kippe. Dabei höre ich zwei Argumente, warum man dem Haushalt nicht zustimmen kann. Die sind für mich interessant. Die einen sagen, dass die Kürzungen im Ergebnishaushalt nicht tragbar sind und die andere Seite sagt, dass die Entnahme der Rücklage zu hoch ist. Wie man dazwischen einen Kompromiss finden kann, weiß ich nicht. Aus diesem Grunde sage ich, ich werbe für diesen Haushalt, für das, was hier vorliegt, auch mit den Änderungen. Das ist der machbare Teil auf dem Weg der Konsolidierung.

StR Itzek (Es gilt das gesprochene Wort):

„Zwickau. Eigentlich sollte Bernd Meyer sich freuen fürs kommende Jahr. Darf Zwickaus Finanzbürgermeister von 65 Mio. Euro Gewerbesteuer erwarten. Dennoch schlug er jetzt im Stadtrat Alarm, wenn wir so weiter machen, droht uns 2016 die Pleite. Der Grund: Ehrgeizige Bauprojekte, wie die Gewandhaussanierung oder der Stadionbau. Zwickau lebt über seine Verhältnisse. Der Finanzbürgermeister hat Recht, sagt Thomas Gerisch, aber die Stadtoberhäupte wollen ja nicht auf ihn hören. Denn die Planungen gehen weiter. Das Gewandhaus soll für rund 20 Mio. Euro saniert, ein neues Stadtarchiv gebaut werden und zwei Turnhallen sind geplant. Brauchen wir wirklich das Stadion, fragt Gerisch. Zu den Baukosten von 18 Millionen kommen 1,5 Millionen Betriebskosten im Jahr dazu. Auch der Block der Personalkosten steigt stetig an. Wir müssen jede Position auf den Prüfstand stellen, fordert daher auch Stadträtin Kathrin Köhler. Bernd Meyer schlägt vor, die Sanierung des Gewandhauses auf das Jahr 2018 zu verschieben. Doch Stadträtin Köhler ist skeptisch. Im Mai sind Kommunalwahlen und die gewinnt man nicht mit Sparmaßnahmen. Dies ist ein Zitat eines Zeitungsartikels vom 17.10.2013, der Bild-Zeitung. Ist aber passend zur heutigen Haushaltsdiskussion. Denn, was hat sich seit 2013 bis heute denn tatsächlich verändert? Nicht so viel. Haben wir tatsächlich alles auf dem Prüfstand gestellt. Sind wir tatsächlich in die kleinsten Niederungen gegangen und haben wir dort tatsächlich Beschaffungskosten, auch bei unseren Töchtern, ab 10.000 Euro pro Jahr, mal einer wirklichen Kontrolle unterzogen? Gleich dazu die Kontrolle der Kontrolle? Ich sage Nein, weil dafür die Zeit gar nicht ausreichend war. Wir reden hier über Planungsansätze und da wir alle fleißige Haushaltsstudierer sind haben wir bemerkt, dass die Planungsansätze von der Realität meistens abgewichen

sind... Damit komme ich zur jetzigen Vorlage. Dort sind eigentlich sehr interessanter Weise die ersten fünf Seiten sehr aussagekräftig. Der Ergebnishaushalt 2015 war planungsseitig nicht ausgeglichen. Den ordentlichen Erträgen stand ein Fehlbetrag von 33,9 Mio. Euro gegenüber. Die Auszahlung lagen um 16,8 Mio. Euro über die Einzahlungen. Es wurde davon ausgegangen in 2015, dass 120 Mio. Euro - unsere wohlgepriesene Rücklage - zum Schluss tatsächlich nur 49,6 Mio. Euro werden wird. Der Haushalt, der abrechenbar für 2014 vorliegt, sagt uns jedoch eine andere Zahl. Es sind nicht 49,6 Mio. Euro geworden, sondern ist bei 90 Mio. Euro geblieben. In 2013 wurde propagiert, dass 2016 die Stadt pleite ist. Heute haben wir erfahren, jetzt ist es mit den Rücklagen 2019 soweit. Das mag eventuell passieren oder auch nicht. Wir sprechen über Planungsansätze.

Und weil man darüber spricht, haben wir uns auch an den vielen Vorschlägen der Programmdiskussion im Finanzhaushalt mit Vorschlägen beteiligt, die allesamt, ob sachlich begründet oder nicht, abgelehnt wurden. Deswegen möchte ich noch einmal darauf eingehen und die Deckungsbeiträge dazu benennen.

Wir hatten beantragt, den Planansatz der Gewerbesteuer von 35 Mio. auf 37 Mio. Euro zu erhöhen..., das ist abgelehnt worden. Wir haben vorgeschlagen, Hot-Spot-Bereiche, den die CDU eingebracht hatte, vier waren vorgesehen, in den nächsten Jahren aus dem Haushalt zu nehmen, um nicht weiteres Konfliktpotential herbeizuschwören... Wir haben beantragt, dass die Mittel, die jetzt eingestellt werden sollen, eine Sporthalle fällt weg, da sanieren wir halt die nächste, eben gerade einmal nicht für Sport und Sporthalle investiert werden soll für die Zukunft. Weil auch die Zukunft ist die Zukunft unserer Verkehrsinfrastruktur. Die Stadt Zwickau und auch ein Gutachter hat sich viel Mühe gemacht, ein Verkehrskonzept für den belastenden Bereich der Nordvorstadt, insbesondere der Max-Pechstein-Straße zu finden, der Anschlag sollte dort gegeben sein, den Kreislauf, welcher in vier Varianten dargestellt ist, einen Anschlag zu geben, um dies in Gang zu setzen. Der andere Vorschlag der Mittelverwendung dieser „Sojus“-Gelder zielt auf die seit 20 Jahren in der Diskussion stehende Umgehungsstraße des Schwanenteiches ab, wo wir doch nachlesen können in unserem Zwickauer Lärmschutzkonzept, dass man damit sechs stark befahrene Straßen vom Lärmschutz befreien könnten. Ich werbe dafür, lassen Sie uns diese Projekte angehen, was aber im Finanzausschuss abgelehnt wurde.

Wir haben im Finanzausschuss beantragt und auch vernommen, dass die Mittelkürzung für die Freibäder „04-Bad“ und „Crossen“ von den geplanten 10.000 Euro auf 5.000 Euro erhöht werden sollten. Wir haben gesagt, lasst uns doch bitte in den alten Stand versetzen. Weil unsere Bädergesellschaft die Möglichkeit hat mit Alimentierung der Stadt und deren Zuschüsse für die Sommermonate Vorsorge zu tragen, um dort Wachschutz zu installieren, um unnötige Dinge nicht ausufernd zu lassen. Da kann es doch nur richtig sein, dass wir den zwei ehrenamtlichen Bädern die alten Mittel, sprich 20.000 Euro pro Jahr, auch wieder zur Verfügung stellen. Weil, auch diese benötigen Piktogramme und auch diese möchten keinen Ärger und Vorsorge treffen. Finanzausschuss hat auch das mehrheitlich abgelehnt. Die Kinder, unsere Zukunft und eigentlich für jeden selbstverständlich, hier haben wir beantragt, die Schülerbeförderung und das kostenlose Frühstück sowie das Mittagessen einfach in der alten Form zu belassen. Wenn dann tatsächlich der Tag gekommen ist, dass es nicht mehr geht, bin ich gern dafür, dass die Mittel dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Aber wir wissen ja, dass eine Stadt nicht Pleite gehen kann...“

StRin Brückner (Es gilt das gesprochene Wort):

„In diesem Stadtrat wurden schon viele beispielhafte soziale Leistungen beschlossen, die Zwickau gut zu Gesicht standen und den Ruf als sport-, kinder- und familienfreundliche Stadt stützen. Es ist schon viele Jahre her, dass die Fraktion DIE LINKE einem Haushaltsplan nicht zugestimmt hat. Dieser Schritt fällt uns nicht leicht. Aber wie rigoros im Kinder- und Jugend- und Sportbereich gekürzt und gestrichen wird, ist nicht hinnehmbar und mit uns nicht zu machen. Ja, es stimmt, es ist kein leichter Haushalt, wie übrigens viele vorher schon. Es gibt keine Not, aus haushalterischen Gründen Tabula rasa zu machen. Wir haben Alternativen gesehen. Natürlich ist es eine Abwägung, die wir treffen mussten: Kinder, Jugend, Sport oder Parkgebühren erhöhen. Mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Satzung hätten alle Sozialleistungen bleiben können. Diese Option stand für alle Fraktionen zur Debatte. Das Teile der CDU-Fraktion die Sozialleistung schon längere Zeit im Visier hatten, haben wir uns durch Aussagen in der Zeitung des Fraktionsvorsitzenden in der „Freien Presse“ gemerkt. Wohlweislich in einer Zeit, wo es keine Gewerbesteuerprobleme gab. Was aber

aus unserer Sicht überhaupt nicht zu verstehen ist, das hier die SPD-Fraktion in Manier einer schwarz-roten Koalition leichtfertig die meisten Sozialleistungen, die sie vorher bewusst mit erstritten haben, aufgegeben hat. Es gibt natürlich Ausnahmen bei einigen Dingen, die auch die CDU behalten wollte. Eine Fraktion, mit dem Vorsitzenden des Kreissportbundes als Mitglied, streicht in der Sportförderung die Übungsleiterpauschale um fünfzig Prozent, die Unterhaltungs- und Baumaßnahmen von stadteigenen Sportanlagen um fast 67 Prozent, Sport- und Pflegegeräte um 50 Prozent. Wir sind Eigentümer dieser Anlagen und haben auch eine Verantwortung, diese zu erhalten... Ich frage mich, welcher Sinneswandel ist hier bei der SPD vollzogen worden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das wirklich ehrlichen Herzens freiwillig passiert ist. Eine komplizierte Situation ist es schon, wenn ein Kredit nicht genehmigt wird. Wofür geben wir eigentlich unser Geld aus.

1. Theater: Der Grundsatzbeschluss lautete, saniertes Gewandhaus für 9,6 Mio. Euro. So stand es im ersten Beschluss 2015 für den ersten Bauabschnitt. Mittlerweile gibt es eine Erhöhung der Kosten auf 14,1 Mio. Euro. Die Summe allein für den ersten Bauabschnitt wird, so sieht es sicher auch die Oberbürgermeisterin, nicht reichen. Und das macht uns große Sorgen. Es gibt bis heute kein Gesamtkonzept zum Theater. Denn das Gewandhaus ist nur ein Teil des Theaters. Unsere Forderung nach Alternativen wurde im Finanzausschuss in der Koalition SPD/CDU abgelehnt. Auch der Vorschlag, die Sanierung für zwei Jahre zu schieben, bis Klarheit über das Projekt besteht, fand keine Mehrheit. Entsteht hier ein neues WESA-Projekt? Was den finanziellen Rahmen der Stadt sprengt?

2. Clara-Wieck-Gymnasium: Ich denke mir als Sportlehrerin braucht keiner erzählen, wie Sportunterricht zu organisieren ist und wie dieser durchgeführt wird. Auch ich bin mit Schülern gewandert, um Sportunterricht zu machen. Die Schüler haben keinen Schaden davon genommen.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist diese kostenintensivere Variante der Turnhallenerrichtung nicht zu vertreten. Vor allem die Sanierung des Turnerweges für 500.000 Euro sprengt den finanziellen Spielraum der Stadt. Auf Alternativen hat der Finanzausschuss mit Stimmen der SPD und CDU nicht reagiert und abgelehnt. Herr Heinzig hat zitiert: ‚Wir waren immer dafür, wir sind zuerst für die Kinder‘... Jetzt frage ich Sie Herr Heinzig: Sind die Kinder von den anderen Schulen weniger wert?

Ist es nicht auch für diese wichtig, dass sie ordentlich Sportunterricht haben und wäre es nicht auch machbar, dass die Schüler des Clara-Wieck-Gymnasiums im Interesse der gesamten Stadt und aller Kinder der Stadt vielleicht sieben Minuten weiter laufen?

3. Ballsportzentrum Neuplanitz: Aus monetären Gründen wurde die Sanierung des Ballsportzentrums abgelehnt. Zum gleichen Zeitpunkt soll das Sportforum „Sojus“ gesperrt werden und nach Schätzung soll die geforderte Sanierung über 4 Mio. Euro betragen. Was soll dieser Unsinn? Sowohl aus schulorganisatorischer und sportpolitischer Sicht ist das nicht zu vertreten. Unsere Anträge, das Projekt CWG-Turnhalle zu stoppen und das Ballsportzentrum Neuplanitz, wo natürlich das CWG den Sportunterricht durchführen könnte, wurden abgelehnt. Zusammenfassend lässt sich sagen, wir haben unsere Vorschläge finanzpolitisch untersetzt und so haben wir zum Beispiel vorgeschlagen, die Eigenmittel für die Gebietsförderung ‚Erweiterte Bahnhofsvorstadt‘ zu kürzen. Bei dem Projekt, das mit Förderung 12 Mio. Euro kosten soll, sind einige inhaltliche Aspekte für uns nicht schlüssig und überzeugend... Hier gibt es Klärungsbedarf. Aus Erfahrung vergangener Projekte heraus sind wir vorsichtig geworden und wir sehen genau hin, wie das Geld ausgegeben wird und ob das ganze inhaltlich schlüssig ist. Ein Beispiel: In der Vorlage steht, man möchte Geld einsetzen für delinquente Jugendliche. Für mich ein Widerspruch in sich... Wollen wir nicht das Geld für den Sport ausgeben, um keine delinquente Jugendlichen erst zu produzieren? Die von der CDU-Fraktion angegebene Deckungsquelle für die von ihr gewünschten Vorhaben, nämlich die pauschale Kürzung im Personal- und Sachbereich, ist nicht zielführend. Das hat im letzten Jahr nichts gebracht und wir sind sicher, dass nicht die einfache Lösung ist und rufen dazu auf, auch jeden Stadtrat, seinem Gewissen zu folgen. Jeder weiß, wozu er abstimmt und muss damit auch klarkommen. Zum Ende möchte ich sagen, ein herzliches Dankeschön der Kämmerei, die sehr fleißig gearbeitet hat und auch allen anderen Angestellten der Verwaltung ein Dankeschön....“

StR Dr. Schick (Es gilt das gesprochene Wort):

„An Frau Brückner und Herrn Itzek gesagt. Dieser hat wenigstens ein paar Einnahmeerhöhungen vorgeschlagen. Von links kamen nur Ausgabenerhöhungen. Was hier gesagt worden

ist mit den Streichungen, wird so hart nicht kommen. Leider war Dr. Luther in der kurzen Zeit nicht in der Lage, die Anträge einzeln einzubringen. Diese werden dann noch eingebracht und wir werden merken, dass ein Teil der Ablehnungen, in anderer Form wiederkommen. Es ist nicht so, dass alles, was genannt wurde, gestrichen worden ist... Bloß warum stehe ich heute hier. Wir sind beide als FDP-Leute in der CDU gut angekommen. Aber zu Sachen, wie Haushalt, haben wir auch schon eine Meinung und unterschiedliche Betrachtungsweisen, um vielleicht am Ende zum selben Ergebnis zu kommen. Wenn heute der Haushalt überhaupt beschlossen wird dann nicht, weil er so gut erstellt worden ist... nein, dann nur, weil weder die Stadt im zweiten Anlauf, noch die Fraktionen und Ausschüsse nicht in der Lage waren, kurzfristig grundlegende Veränderungen vorzunehmen... Traurig, dass es sich nicht wie in der Vergangenheit gelungen ist, im Vorfeld einer solchen Sitzung zu einer fraktionsübergreifenden Kompromisslösung zu kommen, sondern dass wir heute in einem Marathon über jeden einzelnen Antrag abstimmen müssen. Man hat sich an die heiligen Pflichtaufgaben, zu denen auch die Struktur und das Personal gehören, nicht herangetraut und wird wieder im Bereich der freiwilligen Leistungen wildern, was vor allem politische Heißsporne wiederum auf den Plan ruft. Wird man sich beim Sparen nicht einig, greift man sich schon einmal zu Gebührenerhöhung, die dann die trifft, die politisch nicht so verankert sind, wie man es heute erlebt haben, so wie die Autofahrer oder Tierfreunde. Einige wollten sogar schon wieder an der Gewerbesteuer drehen, doch hier sollte man sich auch orientieren, wo Zwickau steht als kreisangehörige Stadt im Vergleich zum Umfeld. Wir haben bereits die höchsten Sätze weit und breit. Von der Wirtschaft mehr Geld zu fordern heißt im Gegenzug, auch einiges für die Wirtschaft zu tun. Neben den Hilfen bei der Suche nach geeigneten Grundstücken gehört auch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur dazu. Doch auch hier sparen wir seit Jahren. Längst fällige Straßenreparaturen, grundlegende Instandsetzungen, Brückensanierungen und Neubauten auch sinnvoller Kreisverkehre zur Verkehrsoptimierung, werden zwar durch vielfältige Studien als sinnvoll und notwendig untermauert, aber die Umsetzung dann ständig wieder auf die Zeitschiene gebracht. Wenn eine Stadt in einer Zeit, da das Geld für Investitionen fast ohne Zinsen am Markt zu bekommen ist, keine Kreditaufnahme genehmigt bekommt, weil die Nettoinvestitionsrate nicht erfüllt ist, zeigt ein stückweit verfehlte Investitionspolitik.

Dennoch kommt man von einzelnen Großprojekten nicht los. Kaum ist der Streit um das Stadion beigelegt und das nächste Großprojekt Theater steht an, wird entgegen der Stadtratsbeschlusslage das Gewandhaus immer noch im Haushalt mit über 30 Mio. Euro Investitionen geführt. Zwar in der Zeitschiene, aber wir haben ja gelernt, was einmal im Haushalt steht, wird irgendwann zum Selbstläufer und der Stadtratsbeschluss ist nun einmal der, aus Kostengründen das Gewandhaus zu sanieren, um darin Theater zu spielen wie jetzt, bloß unter besseren Bedingungen und unter Einhaltung der Arbeits- und Brandschutzbedingungen. Straßenprojekte kleinerer Dimensionen werden dabei schnell gekippt und verschwinden aus dem Plan, wie zum Beispiel der Kreisverkehr Mosel, der noch zu Zeiten der FDP versprochen wurde. Dieser wurde zweimal im Haushalt verschoben, stand für 2016 im Haushalt und wurde zugesagt. Nun, VW hatte Husten und der Kreisverkehr ist an diesem Husten gestorben. Deshalb mein Appell an die kleineren Fraktionen: Hütet euch vor Zugeständnissen des Stadtrates, die erst zu Ende der Legislaturperiode oder gar in der nächsten umgesetzt werden sollen. Das Vergessen gehört im Stadtrat zu einer guten Gepflogenheit. Auch ein paar positive Aspekte möchte ich erwähnen. In Anbetracht einer Personalkostenposition von 53 Mio. Euro scheint es sehr schön, dass der Ausschuss sich nach langem Ringen dazu durchringen konnte, die beiden Freibäder Crossen und 04-Bad, statt nicht mit 5.000, sondern mit insgesamt mit 15.000 Euro zu unterstützen. Das hilft, denen ihre Existenz zu erhalten, lässt aber keine weiteren Investitionen mehr zu. Immerhin auch zwei Investitionen, Frau Brückner, die eben ehrenamtlich geführt sind und die in den Sommertagen vielen Jugendlichen und Familien Freude und Freizeit bereiten. Danke für die weitreichende Entscheidung und ich hoffe, dass diese dann auch von allen mitgetragen wird. Auch der Erhalt der Brötchentaste als kleiner Baustein zur Innenstadtbelebung konnte heute mehrheitlich überzeugen. Würde ich jetzt schon ein Fazit ziehen, müsste der vorliegende Haushalt noch immer fast abgelehnt werden, da ja keiner so richtig damit zufrieden scheint. Doch die Alternative wäre eben kein Haushalt, was die Probleme der Stadt noch verschlimmern würde. Keine neuen Baubeginne, keine Planungssicherheit und vor allem geschenktes Geld in Form von Fördermitteln könnte nicht abgerufen werden. Da aber weder die Stadtverwaltung noch der Stadtrat in adäquater Zeit in der Lage wäre grundlegende Änderungen zu finden

und da die bei letztem Haushalt bereits gegebenen Versprechen sich schleunigst an einem Tisch zu setzen,... eben nicht eingehalten worden..., wird es also nicht möglich sein, im Falle der Ablehnung des Haushaltes eine schnelle Lösung zu bringen. Wir müssen mit dem Haushalt heute etwas in Kraft setzen, um zumindest die im Haushalt befindlichen Maßnahmen abzuarbeiten, umzusetzen und ein weiterer Grund: Oft wird von außen schon gegenüber dem Stadtrat der fehlende Zusammenhalt, in den Fraktionen der fehlende Teamgeist gerügt. Auch daran sollten wir arbeiten. Ich kann nur hoffen, dass man sich öfters und gerade heute daran erinnert, trotz eigener Befindlichkeiten, die es gibt..."

StR Dr. Schick wirbt abschließend um Zustimmung zum Haushalt.

StR Heinzig (es gilt das gesprochene Wort):

„Bevor ich zu wesentlich kürzeren Ausführungen komme, als einige meiner Vorredner, bevor ich es vergesse, Frau Brückner, bei allem Respekt. Ich habe von Sachlichkeit ganz andere Vorstellungen offensichtlich als Sie. Ich kann das überhaupt nicht verstehen. Zweite Bemerkungen, die SPD hat überhaupt nichts gestrichen. Wir haben auch keinerlei Streichungen beantragt. Sowa hier zu behaupten, ist einfach schlichtweg falsch! Streichungen hat die Verwaltung vorgeschlagen - Ihr Finanzbürgermeister und nicht die SPD... Zurück zum Haushalt. Ich spare mir hier prinzipielle Ausführungen. Das hat Herr Meyer ausführlich getan. Das kann er präzise wesentlich besser als ich. Herr Luther hat sich in ähnliche Richtung zu den grundlegenden Problemen ebenfalls noch einmal geäußert, das muss man nicht wiederholen. Ich beschränke mich mit wenigen Worten auf das, was die SPD-Fraktion bei diesem Thema umgetrieben hat. Es ist schon mehrfach erwähnt worden. Es waren langanhaltende und zähe Verhandlungen mit oft unbefriedigenden Ergebnissen und das lag sicher nicht nur daran, dass sich durch die fehlenden Steuereinnahmen, welche vor einem halben Jahr noch nicht so prognostiziert waren, und die damit besondere Situation sich ergeben hat. Es lag eben auch daran, dass die Positionen bisweilen äußerst konträr zwischen den einzelnen Fraktionen vorlagen. Für uns und da widerspreche ich der Linksfraktion ausdrücklich, hat oberste Priorität, dass ein Haushalt beschlossen wird, weil alles andere hat für diese Stadt äußerst nachteilige Folgen.

Da geht es nicht nur darum, dass vielleicht irgendwelche Bauvorhaben, die uns am Herzen liegen, nicht begonnen werden können, sondern auch andere völlige unstrittige Baumaßnahmen, wie zum Beispiel Straßenbaumaßnahmen, die Errichtung der neuen Sprachheilschule u. a. nicht begonnen werden kann. Wir verlieren, wie es Herr Dr. Schick schon richtig gesagt hat, Zeit und Geld. Am Ende ist ein solches Verhalten aus unserer Sicht nicht verantwortungsvoll für diese Stadt, auch wenn man sich nicht in allen Positionen vielleicht wiederfindet und durchsetzen kann. Wir sind eine relativ kleine Fraktion. Wenn man sieben Leute hat, kann man sich hinstellen, Maximalforderungen aufmachen und am Ende in Schönheit sterben. Also Schaulaufen veranstalten. Da kommt man aber keinen Schritt weiter. Das funktioniert nicht, sondern, ich brauche Verbündete, sonst bekomme ich gar nichts umgesetzt. Ich brauche Verbündete, die muss ich mir suchen nach den möglichst größten Schnittmengen. Da muss ich mal sagen, dass war diesmal nicht so schwierig, weil im investiven Bereich die linke Seite, die beiden Projekte, für die die SPD seit Jahren kämpft, jetzt aus dem Haushalt schieben will. Das war relativ einfach. Wir haben uns hier geeinigt, dass wir das Gewandhaus sanieren wollen. Nur das Gewandhaus. Da haben, glaube ich auch Sie, zugestimmt. Bin mir aber nicht ganz sicher. Wir sind froh, dass zumindest noch eine Fraktion weiß, was sie hier einmal beschlossen hat und an diesem Projekt festhält, damit uns dieses Gebäude nicht irgendwann zusammenfällt und so aussieht, wie das Schloss. Es ist nun einmal das schönste Gebäude dieser Stadt. Ich weiß auch nicht, ob da in zehn Jahren noch ein eigenständiges Plauen-Zwickau-Theater drin spielt. Aber ich weiß, dass es auch in zehn Jahren noch das bedeutendste Gebäude dieser Stadt ist. Deshalb muss es saniert werden. In dem Moment, wo sie das negieren, machen Sie jede Zusammenarbeit mit uns unmöglich. Zu dieser Turnhalle, es tut mir leid, aber wenn Sie es eben nicht begreifen wollen, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen. Denn nach meiner Kenntnis, gibt es in Neuplanitz eine funktionstüchtige Sporthalle, wo die Schüler der Neuplanitzer Schulen Sporttreiben können. Was das mit dem Clara-Wieck-Gymnasium auf dem Planitzer Schlossberg zu tun hat, das können Sie mir nicht erklären. Das ist für mich auch nicht nachvollziehbar. Aber auch das, wofür wir hier über zwei Jahre gerungen haben. Auch das wollen Sie in letzter Minute wieder aus dem Haushalt rauskegeln. Immer wenn wir glauben, jetzt haben wir es geschafft,

kommt ein Neuer, der der Meinung ist, er muss mal noch einen Stein in den Weg räumen. Damit ist eben eine Zusammenarbeit äußerst schwierig. Ich brauche also einen anderen Bündnispartner. Da muss ich Kompromisse eingehen. Die sind unter Umständen auch schwierig. Wer nicht kompromissbereit ist, sagt Helmut Schmidt, ist auch nicht demokratiefähig. Und wir sind kompromissbereit in dem Wissen, dass wir damit nicht alle unsere Wünsche umgesetzt haben und dass wir auch nicht alle Streichungen, die nicht von der SPD kommen, sondern von der Finanzverwaltung, auch nicht alle verhindern konnten. Aber ich bin stolz darauf, dass wir verhindern konnten, dass die Erstattung der Schülerbeförderungskosten gestrichen wird. Das haben wir als SPD verhindert...Wir haben auch verhindert, dass die Kinder von Studenten usw. keinen Zuschuss mehr bekommen für das Mittagessen. Da ist das Glas für Sie vielleicht ganz leer, aber für mich ist es mehr als halbvoll. Darüber hinaus gibt es in dieser Stadt noch eine Reihe weiterer sozialer Maßnahmen, die von der Verwaltung nicht angegangen worden sind, die allgemein bekannt sind und die wir auch nicht noch einmal explizit erwähnen müssen. Zu behaupten, Zwickau wäre jetzt keine soziale Stadt mehr, das ist einfach falsch. Zur Sportförderung wird sich, denke ich, Herr Juraschka, sicherlich noch einmal äußern, wie das im Detail aussieht. Das weiß er besser als ich. Ich denke aber, dass trotz dieser Kürzung, werden in dieser Stadt noch Millionen für Sportförderung auf unterschiedlichste Art und Weise ausgegeben. Sei es in direkter Sportförderung oder als Zuschuss an die Johannisbad GmbH, was die Schwimmvereine anbelangt, sei es in Form von Personalkosten für Hallenwarte, für Platzwarte. So zu tun, als wäre Zwickau nun sportfeindlich geworden, ist schlichtweg aus unserer Sicht nicht korrekt und falsch. Ich bleibe dabei, wir brauchen einen Haushalt. Ich bleibe dabei, man muss Kompromisse machen. Die CDU war dazu bereit und ich hoffe, dass Herr Luther, der ein harter, aber fairer Verhandlungspartner ist, sich am Ende auch als verlässlicher Verhandlungspartner herausstellt und wir einen beschlossenen Haushalt in dieser Stadt haben. Das ist das Allerwichtigste. Sonst können wir den anderen Rest vergessen. Danke!"

StR Dörner (Es gilt das gesprochene Wort):

„Nach den zahlreichen langen Reden möchte ich mich an Herrn Schick seinen Vorschlag halten und mich kurz fassen. Ich möchte nur die Änderungsanträge vorstellen, die meine Fraktion erarbeitet hatte. Die ersten vier sind bereits im Finanzausschuss abgelehnt worden, ich erwähne sie trotzdem. Wir hatten u. a. für 30.000 Euro geworben, um ein Parkraumkonzept zu erarbeiten. Ebenfalls hatten wir geworben, den bisherigen Bürgerhaushalt, zumindest in abgespeckter Form von 100.000 Euro, weiterzuführen. Begründung: Er ist ein sehr demokratisches Mittel für die Stadt. Ich bin sehr verwundert, dass die alten Fraktionen SPD und Grüne diesen noch vor der Wahl auf 300.000 Euro erhöht hat und jetzt gab es kein Wiederwort. Das finde ich seltsam. Wir alle hatten einen Brief erhalten, das wurde von Herrn Dr. Luther auch gesagt, das Stadtarchiv ist eine Pflichtaufgabe. Es wird jetzt komplett ignoriert. Wir wollten zumindest die Zeit, die jetzt verstreicht, bis der Bau losgeht, nutzen, um eventuelle Einsparmaßnahmen und andere Standorte zu überprüfen. Dafür wollten wir 30.000 Euro in den Haushalt aufnehmen. Auch das wurde abgelehnt. Weiterhin haben wir für eine Machbarkeitsstudie um 30.000 Euro geworben, mit der die Mitteltrasse zwischen dem Kreisverkehr Sorge und B 93 geschlossen werden soll. Die Baumaßnahmen wären aufgrund der hohen Förderung und weil es sich wahrscheinlich um eine Bundesstraße handeln würde, relativ kostenneutral für die Stadt ausgefallen. Der verkehrstechnische Nutzen für die Stadt ist unbeschreiblich, wahrscheinlich würde die Innenstadt tangente dadurch wegfallen, weil die Entlastung der Innenstadt möglicherweise sehr hoch wäre. Auch das wurde gestrichen. Wer mitgerechnet hat, weiß, war 190.000 Euro, die wir an Ausgaben beantragt hatten. Was bis jetzt nicht im Finanzausschuss diskutiert worden ist, was aber allen vorliegt, war die Gegenfinanzierung. Wie wir der Zeitung entnehmen konnten, sind für die Ertüchtigung der Bülastraße 580.000 Euro im Haushalt eingeplant...Wir haben beantragt, das auf 200.000 Euro zu reduzieren mit der Begründung, weil die DB-Werkstatt geschlossen ist, nur eine minimale Ertüchtigung notwendig ist. Wenn man das nachrechnet, sieht man, dass wir 190.000 Euro mehr Einnahmen haben als wir an Ausgaben gefordert hätten. Deswegen wären die Hundesatzung und ein Teil der Parkgebührensatzung finanzierbar gewesen. Allerdings gab es keine große Diskussion, so mein Eindruck. Es wurde, wie schon gesagt, zwischen den beiden großen Fraktionen ausgehandelt. Was ich sehr schade finde, Herr Heinzig, man muss ja nicht immer das Komplettpaket nehmen. Man kann ja über einzelne Punkte diskutieren. Was leider nicht stattgefunden hat. Vielleicht im nächsten Jahr.“

StR Drechsel (Es gilt das gesprochene Wort):

„...die erste Haushaltsrede, die ich heute gehört habe, da hab ich mir aufgeschrieben: Herr Luther, wir können dankbar sein, dass wir Sie haben, weil Sie uns die Welt so schön erklären können... Und zu dem Thema mit dem Spagat... der so schlecht hinzukriegen ist, könnte einfach sein: Investitionen verschieben, evtl. streichen. Im vergangenen Jahr konnte ich hier an dieser Stelle sagen, nach Monaten intensiver Arbeit, steht heute der Haushalt zur Verabschiedung an. Der Haushaltsentwurf wurde nicht etwa einfach durchgewunken, sondern er wurde intensiv geprüft und diskutiert. So war es.

Dieses Jahr, nachdem uns die Steuerausfälle kalt erwischt haben, ist der Haushalt einer ziemlich großen Stadt, recht kompliziert. Kompliziert, wie das Räderwerk einer alten Turmuhr. Noch läuft sie einigermaßen, aber im Getriebe hört man lautes Knirschen. Nicht das erste Mal, doch immer ziemlich beängstigend. Vor allem Wollen und Können laufen nicht mehr wie geschmiert. Ja, wir können unsere Angestellten und Beamten noch bezahlen. Ja, wir erfüllen unsere vielfältigen Pflichtaufgaben. Ja, wir haben eine Reihe von freiwilligen Leistungen, auf die wir stolz sind. Ja, wir investieren auch noch in Kindergärten, Schulen und Straßen und einiges mehr. Aber wir investieren schon so wenig, dass uns der Landkreis als Aufsichtsbehörde die Aufnahme eines 6 Mio. Euro-Kredites praktisch verwehrt, weil unser Haushalt nicht nachhaltig ist. Also, er ist konsumlastig. Wir leben von der Substanz und das geht auf Dauer nicht gut. Herr Bürgermeister Meyer hat in seiner gewohnt nüchternen Art bei der Einbringung des Haushaltes die wesentlichen Rahmendaten dargestellt. Zwei Zahlen bleiben da bei mir im Fokus. Sie lauten in diesem Jahr 29 Mio. Euro Mehrausgaben und 90 Mio. Euro liquide Mittel. Der Sparstrumpf scheint also gut gefüllt. Dann hätten wir uns ja locker die Schulden bezahlen können und hätten immer noch 54 Mio. Euro übrig und das war ja die bekannte Milchmädchenrechnung. Denn diese schönen 90 Mio. Euro werden sich, so die Prognose der Kämmerei, bis Ende 2019/2020 in Wohlgefallen aufgelöst haben. Das heißt, wir verbrauchen im Jahr durchschnittlich 22,5 Mio. Euro mehr als wir einnehmen. Und nach 2019 ist ein großes Fragezeichen.

Wenn ohnehin chronisch unterfinanzierte Kommunen auch noch massive Steuerausfälle zu verzeichnen haben und immer steigende Kosten zu verkraften haben? Was funktioniert da noch? Vor dem Schaden klug sein, hieß es mal in einer Werbung. Obwohl das wäre ja nach der nächsten Kommunalwahl... Als verantwortungsbewusster Stadtrat muss man sich dann eben doch mal in das Getriebe der Uhr bemühen, um wenigstens ein kleinwenig Sand zu entfernen, der es um stehen zu bringen droht. Tut er das auch? Selbst wenn, war es in diesem Jahr extrem schwer. Gleich dreimal innerhalb von nur vier Monaten waren wichtige Haushaltsdaten, auf deren Basis man sich Gedanken gemacht hatte, Makulatur. Erst seit wenigen Tagen liegen die Karten endgültig auf dem Tisch, was auch für die 100 Anfragen gilt. Das ist keinesfalls ein Vorwurf an die Kämmerei. Wir können der Verwaltung sehr dankbar sein, dass möchte ich hiermit auch persönlich tun. Danke, Bürgermeister Meyer. Danke, Frau Löscher und Herr Höpfner und alle die hier nicht Genannten... Ohne Fakten zu kennen sollte man nun einmal nicht entscheiden. Die Zeitspanne der Auswertung von Informationen und Abwägungen war viel zu kurz. Da stellt sich schon die Frage, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, die Ratssitzung um ein oder zwei Wochen zu verschieben, um wenigstens etwas qualifizierte Haushaltsdiskussion zu ermöglichen. Ich hatte mich in der Vorbereitung gefragt, muss es gesagt werden? Muss es jetzt gesagt werden? ... Die Bürger haben ein Recht zu erfahren, wie ihre Vertreter arbeiten... Denn was in diesem Jahr ablief, hatte nichts mit Beratungskultur und qualifizierten Abwägungen zu tun. Der fraktionsübergreifende Redebedarf wurde nicht gestillt. Keiner da! Das ging sogar soweit, dass im Ausschuss die Karte gezogen wurde: ‚Schluss der Aussprache‘, dass hatte ich seit 2009 nicht mehr erlebt. In der viertletzten Sitzung nach der Einbringung des Haushaltes im Finanzausschuss am Dienstag fand dann das berühmte ‚wünsch-dir-was‘ statt, was alle vorliegen haben. 36 neue Anträge ohne Abwägungs- und Beratungsprozess in den jeweiligen anderen Fraktionen... Ich hatte den Eindruck, es läuft hier ein vereinfachtes Verfahren in einer besonderen Herausforderung ab. Manche sagen dazu auch ‚Hinterzimmerpolitik‘. Das als verantwortungsbewusst zu verkaufen, macht es erst recht absurd. Selbst der Antrag auf eine weitere Lesung, um die Themen verantwortungsbewusst in den Fraktionen vorzubereiten, wurde mehrheitlich abgelehnt. Jetzt kann sich jeder selbst fragen, ob er in seiner Fraktion unter ‚betreutes Denken‘ geführt wird. Wie kann es dazu kommen? Die größte Fraktion verstan-

digte sich mit einer weiteren. Das Angebot stand auch an uns, ob es vielleicht Dinge gibt, wo man sich gegenseitig tragen kann. Ein faires Angebot. Wenn man aber weiß, dass man sich über die zentralen Dinge schon so verständigt hat, die dann damit unverhandelbar werden, ist es doch eher ein Krümel vom Tisch in Gutsherrenmanier. Da kann man sich dann raussuchen, entweder du machst mit oder mit der Mehrheit der anderen wirst du geschlagen. Das sind machtpolitische Verhaltensweisen zum Nachteil dieser Stadt! Das ist das Gegenteil von Zusammenarbeit zum Wohl dieser Stadt. Ich weine deshalb nicht in die Kissen, das ist eben Demokratie. Aber darüber reden, das mache ich wohl. Meine Damen und Herren! Die Bürger dieser Stadt können nichts für diese massiven Steuerausfälle. Sie können auch nichts für Fehlentscheidungen und nichts für die Klientelpolitik, nichts für Gleichgültigung, Leichtfertigkeit, Verantwortungslosigkeit und Ignoranz. Aber Sie müssen das alles bezahlen! Immer und immer wieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bürger kann erwarten und das erwartet er auch, dass wir verantwortungsvoll unsere Tätigkeit wahrnehmen und nicht nur Dinge durchwinken, sondern, dass intensiv geprüft, diskutiert und eine saubere Abwägung stattfindet. Geschieht das nicht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn manches länger dauert. Die vorhersehbaren negativen Folgen der Entscheidung der Vergangenheit entfalten ihre Wirkung ganz besonderes in der Krise. Und das haben wir jetzt. Soll das so weitergehen? Der Haushalt wird nach den Anträge viel Notwendiges, Sinnvolles und vor allen Dingen viel Fragwürdiges enthalten. Unsere Kriterien sollten auf das Allgemeine und nicht eben auf das Spezielle gerichtet sein. Speziell wird es immer dann, wenn etwas Spezielles durchgedrückt wird. Ein Deal unter den jetzigen Bedingungen wird es mit uns nicht geben. Ich weiß, dass wir daran nichts ändern, wenn wir dagegen sind. Wenn Sie jetzt Verantwortung übernehmen und mit Ihren Mehrheiten den Haushalt beschließen, ist das für uns auch Wählerwille, den wir respektieren. Denn der Bürger hat Sie genauso, wie uns in Verantwortung gestellt. Wir haben zu bestimmten Dingen eben eine andere Auffassung: Entscheidung zur Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer, Parkgebührenordnung, Ballsportzentrum, zur CWG-Sporthalle... was oft genug aufgerufen wurde. Kommen wir zu dem, was noch an Veränderungen von uns gegossen wurde. Eine Bemerkung vorweg. Wie in jedem Jahr, gab es auch in diesem Jahr eine Reihe von Überschneidungen der Änderungswünsche der einzelnen Fraktionen. So stehen auch wir zum Erhalt der wichtigen Sozialleistungen, wie die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Mittagessen oder Obstfrühstück. Auch wir wollen keine Kürzungen der ohnehin bescheidenen Vereinsförderung bei der Kultur. Auch wir möchten, dass möglichst alle Jugendeinrichtungen dieser Stadt erhalten bleiben. Jetzt komme ich zum Antrag der SPD. Sie schlagen vor, die Gelder für das ‚MäC‘ in Crossen zu erhalten. Ich weiß nicht, was das für ein Antrag ist. Waren Sie einmal im ‚MäC‘? Ich war im ‚MäC‘.

Die haben im Januar ihre Kündigung bekommen und die haben aus der vorläufigen Haushaltsführung noch kein Geld erhalten. Vom Landkreis haben sie es bekommen. Die geben gerade auf. Die machen nicht weiter. Wenn ich heute höre, der Landkreis zahlt nichts weiter und nur noch Mitte des Jahres. Da wussten die auch noch nichts davon. Für alles gibt es Gründe. An dieser Stelle kann ich die nicht herausfinden. Aber Gründe und Verantwortlichkeiten gibt es bestimmt. Ich meine, dass so eine Verfahrensweise, wie hier geschehen ist, wir nicht machen können, mit Leuten, die sich engagieren. Als ich im Club war und das nicht nur einmal, waren nicht nur zwei oder drei Kinder. Die Bude war voll, auch nach 18 Uhr. Diese Anliegen finden Sie in den Anträgen des Finanzausschusses und auch in den anderen Anträgen der Fraktionen wieder... Was positiv beschieden worden ist im Finanzausschuss möchte ich noch erwähnen. Das sind die Planungskosten für die Freiwillige Feuerwehr in Marienthal. Das ist eine äußerst wichtige Position und Danke, dass Sie das bisher mitgetragen haben. Egal wie abgestimmt wird, bitte lassen Sie uns die Diskussion um die Finanzen unserer Stadt nicht immer nur kurz vor der Angst und in unmittelbarer Nähe zur Haushaltsverabschiedung führen. Springen Sie über Ihren Schatten und lassen Sie uns endlich die Arbeitsgruppe ‚Finanzielles Handlungskonzept 2025‘ mit Leben erfüllen, die Sie ja selbst im vergangenen Jahr mit beschlossen hatten. Es tut Not. Denn geschehen ist seither nichts. Sie wissen, es hat nicht an uns gelegen.“

StR Juraschka (es gilt das gesprochene Wort):

„Ich habe kurz überlegt, ob ich meinen Ehrenamtsjockey, den ich vom Sächsischen Innenminister bekommen habe, zurückgebe... Ich werde es nicht tun. Ich muss auch etwas lächeln, wenn Leute, die mich nicht weiter kennen, mir mangelndes Engagement vorwerfen, kann ich das nicht ernst nehmen. Ich bin nicht Präsident der Stadt der Sportvereine, ich bin Präsident des Kreissportbundes Zwickau. Der hat unter seinem Dach 330 Sportvereine mit über 40.000 Sportlern. Also eine alleinige Verantwortung für nur die Sportler der Stadt Zwickau habe ich nicht. Ich muss also alle berücksichtigen. Die Schwarzmalerei die unter den LINKEN passiert ist, irritiert mich etwas. Nehmen Sie mal Ihren eigenen Antrag her, schauen Sie drüber und machen Sie bitte aus Plan 2016 ein IST 2014. Das trifft nämlich den Nagel auf den Kopf. Wir haben mit dieser Kürzung ungefähr die Plansumme von 2014 und ich erinnere die CDU daran. Wir hatten mal einen Kompromiss im Sportausschuss erarbeitet, wo für eine Erhöhung von 650 T€ auf 1 Mio. Euro wollten und wir trafen uns bei 800 T€...Ich bin aus der Materie und kann Herrn Heinzig nur zustimmen... Jeder sollte immer dann einen Kommentar abgeben, wo er etwas davon versteht. Ich selbst bin Übungs- und Abteilungsleiter sowie Vereinsvorsitzender von einem Verein. Glauben Sie mir, ich mache das weder für 25 noch 50 Euro im Jahr. Ich mache das, weil es mir Spaß macht. Ich verdiene mein Geld auf Arbeit. Ich bin davon abhängig, so wie kein anderer Übungsleiter davon abhängig ist. Das sind symbolische Aufwandsentschädigungen. Deswegen heißen die so. Das heißt, ich weiß nicht, ob Sie ernsthaft glauben, dass der Breitensport aufgrund der Kürzung von 120.000 Euro auf 100.000 Euro hier zusammenbricht? Das wird nicht passieren. Ebenso wird das nicht im Leistungssport geschehen, wo man von 100.000 Euro auf 80.000 Euro geht. Das wird nicht passieren, weil die meisten Förderungen ja nur 20 Prozent ausmachen. Das heißt, 80 Prozent kommen aus den Sportvereinen selber. Da haben wir diese bisher auch nicht gefragt, wie man diese hernimmt. Der Untergang der Sportstadt Zwickau wäre weit hergeholt... Kürzungen tun immer weh, aber sie führen nicht dazu, dass ein Sportvereinsleben zusammenbricht.

Die Sportler sind es gewohnt, aus wenig viel zu machen. Ich kürze es ab, die 220 Sportvereine des Landkreises bekommen in der Sportförderung viel weniger als die in der Stadt Zwickau. Das ist eine Sache, die mich ruhig bleiben lässt, da wir schon eine sehr gute Förderung haben. Die bleibt sachsenweit immer noch sehr gut. Ich setze mich lieber mit dem sportpolitischen Sprecher des Landtages zusammen und sehe zu, dass wir im Doppelhaushalt 2017/2018 für die Sportvereine dort mehr Förderung bekommen. Der Freistaat Sachsen hat definitiv mehr Geld. Da ist es wichtiger, von dort eine Entlastung für die Sportvereine zu bekommen als hier zu schauen, ob wir einem Übungsleiter 25 oder 50 Euro im Jahr bezuschussen können...

StR Otto (es gilt das gesprochene Wort):

„Ich habe schon viele Haushalte erlebt. Wir sind jetzt leider wieder in einer Situation, wo man in einen Rückwärtsgang schalten müsse, so wie in den 90er Jahren. Wir stehen gerade am Anfang der Einsparungen. Was wir heute beschließen, ist der Auftakt für die Haushaltspolitik der nächsten Jahre. Wir werden einen größeren Fehlbetrag auftürmen, der dann wohl im Jahr 2019 so um die 41 Mio. Euro ist. Wir haben jetzt strukturelle Probleme zu lösen. Das, worüber wir uns ärgern, ist wirklich nur der Anfang. Ich bitte um Verständnis... Man muss noch viel mehr machen. Man ist ja auch gewählt als Stadtrat Gutes zu tun. Bei allem, was man beklagen kann, gibt es auch eine Menge gute Dinge. Zum einen der Haushalt selber, wie er uns präsentiert wird hat ein gutes Niveau erreicht. Deshalb ein großes Lob an die Verwaltung für solch eine qualitativ hochwertige Arbeit. Ein paar kleine Punkte möchte ich dennoch ansprechen. Die Position 70.000 Euro für Ausschreibungen im Tiefbauamt, die bisher 25.000 Euro beinhaltet hatten. Dies ist bestimmt für die Ausschreibung des Stadions. Vielleicht hat man etwas übrig für das Willkommenskonzept an den Stadteingängen, was eine gute Sache wäre. Weiterhin ist drin, wo wir uns jahrelang gekümmert haben, und zwar der Fahrstuhl Ärztehaus Neuplanitz mit 330.000 Euro. Das ist eine gute Sache... Ich freue mich auch über die WLAN-Hotspots. Schön wären alle vier gewesen... Auch sollte man die Sache mit der Arbeitsgruppe angehen. Hier muss man tiefer ansetzen, wahrscheinlich muss man sich kompetenten Rat einkaufen, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, wie die WIBERA... Heute sollte man erst einmal mit dem zufrieden sein, was man hat und zu einem Beschluss kommen...“

StRin Brückner reagiert auf die Aussagen von StR Juraschka. Demnach sei, so betont sie, die Haushaltskonsolidierung wegen der Großprojekte entstanden, die nicht genügend vorfinanziert gewesen seien. Es sei immer mehr in den Haushalt eingestellt worden, was die Stadt Zwickau in die Situation gebracht habe. Sie unterstreicht, dass man dort nicht wieder hin wolle. Sie empfiehlt, dass die Organisatoren des Sports, auch wenn sie das Geld nicht von der Stadt bekommen, an städtische Unternehmen herangehen könnten, um von dort Unterstützung zu erhalten. Für die Zukunft wünsche sich **StRin Brückner** einen besseren Umgang miteinander.

StRin Arndt bringt in Bezug auf die Haushaltsdiskussion ihr Unverständnis zum Ausdruck. Zumal nach den Monaten der Diskussion immer noch ein Defizit von 29 Mio. Euro vorhanden seien. Ihrer Meinung nach sei man keinen Schritt vorangekommen trotz vielfältiger Vorschläge und stundenlanger Reden, was die Stadtkasse nur belaste. Sie befürchtet, dass man auch in Zukunft mehr Geld ausgeben werde, als man einnimmt. Es wäre wünschenswert, so **StRin Arndt**, wenn man tatsächlich einmal anfangen würde, an der Finanzsituation zu arbeiten.

StR Gruss geht auf den Antrag der BfZ/Grünen ein, den er unterstützen wolle und welcher im Haushalt 2016 mit 30.000 Euro Berücksichtigung finden solle. Es handele sich um eine Machbarkeitsstudie zu einem Lückenschluss der Mitteltrasse zwischen Kreisverkehr „Sorge“ und „B 93“ (Crossen). Dieser Lückenschluss sei wirtschaftlich ohne Alternative als Anbindung zur A 4 nach Dresden gedacht. Eine andere Verkehrsführung sei nicht sinnvoll. Es sei verkehrs- und immissionsseitig absolut notwendig, die Innenstadt von diesem Verkehr freizuhalten. Es gehe um Gesundheit, Feinstaub und Lärmschutz, betont er. Weiterhin konstatiert er, dass diese Variante sinnvoll sei, weil sie ökologisch gesehen, die wenigsten Eingriffe mit sich bringe und nennt in diesem Zusammenhang die bisherigen negativen Eingriffe in die Landschaft, in die Ortsteile und in die Umwelt, welche man bis nach Sorge/Werdau vollzogen habe. Diese bisherige Entwicklung sei für ihn nicht mit Erfolg gekrönt, wenn man an der wichtigsten Stelle aufhöre.

StR Dr. Beierlein bittet, dass noch vor der Abstimmung eine 15-minütige Auszeit zur Beratung eingeordnet wird.

StR Dr. Schick fragt nach, ob es sich bei dem Antrag BfZ/Grüne um eine Straße handelt, welche sich in der Zuständigkeit des Landes befindet. **OBin Dr. Findeiß** erinnert daran, dass man als Verwaltung einst für diese Verkehrslösung gewesen sei, jedoch durch den Stadtrat Ablehnung erfahren habe. Im Landesverkehrsplan sei diese Lösung nach wie vor enthalten und es sei keine Straße, welche durch die Stadt gebaut wird.

StR Drechsel ergänzt, dass die Stadt Zwickau seinerzeit wegen der Ablehnung im Stadtrat eine negative Stellungnahme abgeben habe müssen. Deshalb habe man eine Machbarkeitsstudie anvisiert.

StR Rudolph (Es gilt das gesprochene Wort):

„Ich möchte etwas sagen zu dem Antrag auf die Einarbeitung der Mittel für die vier Mitarbeiter Polizei- und Ordnungsdienst und für die 2 Streetworker. Es haben sich heute schon viele als Spezialisten bezeichnet, da kann ich das vielleicht auch für mich in Anspruch nehmen. Es geht um die innere Sicherheit! Wer die Zeitung liest, wird den Zustand der inneren Sicherheit kennen. Wer mehr dazu wissen möchte, kann im Kriminalitätsatlas des Freistaates Sachsen nachlesen. Es ist nicht nur die gefühlte Sicherheitslage schlecht, Herr Dr. Luther, die ist auch nicht in der Realität besser, wie Sie es sagen, es gibt Tatsachen, die dagegen sprechen. Tägliche Einbrüche in Einfamilienhäusern und Wohnungen, tägliche Komplettenwendungen von PkW's, tägliche Gewalt, Angriffe auf Funktionsträger, die wir auch im Stadtrat schon zu beklagen hatten und zu verurteilen haben. Ein Mob, der durch die Straßen zieht, und Menschen in Angst und Schrecken versetzt, nicht in Zwickau, aber in vielen anderen Orten. Das ist die tatsächliche Sicherheitslage in unserem Land. Diese Sicherheitslage hat auch ihre Ursachen. Diese liegt darin, dass die Stellen bei der Polizei über die Jahre immer weiter gestrichen worden sind. Dieser Stellenabbau war politisch gewollt. Es sitzen Ab-

geordnete unter uns, die das im Landtag mitbestimmt haben. Das soll auch keiner sagen, dass er das nicht wissen konnte. Ich selbst, habe 2008 auf dem Marktplatz in Zwickau gestanden und hunderte Unterschriften gesammelt von Bürgern, die gegen den Stellenabbau waren. Wir haben alleine aus unserem Schutzbereich 7.000 Unterschriften im Landtag abgegeben, um gegen diesen Stellenabbau zu protestieren. Sie haben nicht hören wollen. Sie müssen heute fühlen. Deswegen ist dieser Stellenabbau unverzüglich zu stoppen. Entgegen der Aussage des Innenministers, ist der noch nicht gestoppt. Es gibt keinen Gesetzesentwurf, der dafür spricht, im Haushalt die Mittel für mehr Polizeistellen einzustellen. Das alles führt dazu, dass die Landespolizei am Limit arbeitet, ja, über dem Limit arbeitet. In einer solchen Situation kommt es auf jede Hand an und diese Hand muss auch die oberste Polizistin der Stadt und die muss auch der Stadtrat der Landespolizei geben. Wir haben viel zu tun auf den Straßen. Wir wollen den Menschen Sicherheit geben, da brauchen wir einen gut funktionierenden gemeindlichen Vollzugsdienst, auch wenn es mehr sind, als in anderen Städten. Es wird einfach gebraucht. Deswegen werbe ich für diesen Antrag. Ich werbe aber auch für den anderen Antrag, für die Streetworker, weil wir wissen, dass jeder Euro, den man in Prävention steckt, auf der anderen Seite mehrfach eingespart werden kann. Wir haben leider Menschen, die die Werte unserer Gesellschaft vermittelt bekommen müssen. Das sind inländische und ausländische Menschen. Es ist ganz einfach so. Wir müssen über unsere Werte reden und diese müssen manchen eben vermittelt werden. Das ist Aufgabe der präventiven Arbeit und das sollten auch die Streetworker machen. Deswegen werbe ich dafür, dass Sie unseren beiden Anträgen zustimmen. Vielen Dank!"

StR Sippel stellt entsprechend der Geschäftsordnung einen Antrag auf Schluss der Aussprache.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich den Antrag von **StR Sippel** auf Schluss der Aussprache ab. Dementsprechend wird die Rednerliste weiter abgearbeitet.

StR Hähner-Springmühl erinnert, dass die damalige CDU-Fraktion der Streichung der Mitteltrasse mehrheitlich zugestimmt habe. Im Stadtrat habe seinerzeit Einigkeit darüber bestanden, dass diese Maßnahme nicht zielführend sei. Er äußert sein Unverständnis zum Antrag und macht noch einmal auf die Zuständigkeit aufmerksam, die beim Landkreis liege. Auch hätte man zunächst die Stellungnahme der Stadt Zwickau abwarten können, bevor man Geld ausgibt für eine Machbarkeitsstudie. Gleichzeitig macht er auf die im Verkehrsregionalplan genannte Priorität aufmerksam, was die Innenstadttangente ist.

StR Itzek wirbt betont dafür, freie Mittel nicht für Sporthallen, sondern für die verkehrliche Erschließung auszugeben.

StR Drechsel reagiert auf die Aussage von StR Hähner-Springmühl. Man wolle etwas für Zwickau tun, auch aus ökologischer Sicht.

StR Müller stellt nachfolgend auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. Er unterstreicht, dass die derzeitigen Probleme in den Städten nicht allein mit den gemeindlichen Vollzugsbediensteten geregelt werden können. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollten zur Wahrnehmung des Hausrechts befähigt werden. Er beschreibt den Unterschied zwischen dem gemeindlichen Vollzugsbediensteten der Stadt und der Polizei des Landes Sachsen. Er greift den § 80 des Polizeigesetzes auf, in diesem seien die Aufgaben des gemeindlichen Vollzugsbediensteten geregelt, welche nicht mit denen eines Polizisten vergleichbar sind. Auch liege die Zuständigkeit nicht bei den gemeindlichen Vollzugsbediensteten, was die Durchführung von Versammlungsrecht anbelangt. Die Behörde erstelle lediglich den Bescheid und der Polizeivollzug setze ihn um, das hat etwas mit Gewaltenteilung zu tun. Die Ordnung auf der Straße stelle der polizeiliche Vollzug her, nicht der gemeindliche, erklärt **StR Müller**.

OBin Dr. Findeiß bittet darum, dass man in der Diskussion zum Thema Haushalt zurückkommen möge.

BMin Köhler macht anschließend Ausführungen zu den vorliegenden Anträgen. Was den Antrag der Fraktion BfZ/Grüne in Bezug auf die Ertüchtigung Bülaustraße für 2016 betrifft,

so sei man mit dem Freistaat in Verhandlung zwecks einer anderen kostengünstigeren Variante. Der aktuelle Stand sei, dass dies in einem Brief der Oberbürgermeisterin mit Datum 17.02.16 angeschoben wird. Der Freistaat gehe allerdings davon aus, so **BMin Köhler**, dass dieser Anschluss im Oktober 2016 hergestellt sei. Deswegen könne man die Planung an dieser Stelle nicht ändern.

Weiterhin geht **BMin Köhler** auf den Antrag der Fraktion ein, die Deckungsquelle der Cainsdorfer Brücke zu streichen. Im Finanzausschuss habe man sehen können, dass das Vorhaben in absehbarer Zeit ohnehin nicht ausgeführt wird, erklärt sie und ergänzt, dass die Streichung der 250.000 Euro nicht bewirken würden, dass die angefallene Honorarrechnung des Planers nicht beglichen werden muss. Diese Summe würde demnach zweckgebunden für die Planung verausgabt. Dies bedeute eine Streichung an anderer Stelle im Budget des Tiefbauamtes erklärt **BMin Köhler**. Sie erläutert, dass dieser Haushaltsposition ein Planerbeschluss aus dem Jahre 2009 zugrunde liegen würde.

StR Dr. Schick erklärt die Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) und wie sich die Entlohnung gestalte. Planungsseitig habe es wohl eine neue Kostenentwicklung gegeben. Damit liege dem Objekt eine höhere Kostenberechnung zugrunde als vorher, dementsprechend erhöhe sich das Honorar des Planers.

StR Wöhl dementiert, dass es vor Jahren einen Beschluss zu der Planung in Höhe von rund 84.000 gegeben habe. Die zu vergebenden Planungsleistungen in Höhe von 250.000 Euro ohne Information an den Stadtrat kritisiert er auf das Schärfste.

BMin Köhler bezieht sich daraufhin auf den vorliegenden Planerbeschluss aus dem Jahr 2009. Man gehe von einem Stand der Baumaßnahmen in Höhe von in etwa 16 Mio. Euro aus.

StR Juraschka äußert ebenfalls seinen Unmut zu den Planerkosten.

An dieser Stelle ordnet **OBin Dr. Findeiß** eine Auszeit für 15 Minuten ein.

BM Meyer wendet sich mit einer persönlichen Anmerkung an die Mitglieder des Rates. „Herr Heinzig hat sich an Frau Brückner gewandt und gesagt: ‚Ihr Finanzbürgermeister hat die Streichungen vorgeschlagen‘. Sachliche Richtigstellung: Ich bin nicht der Finanzbürgermeister der Fraktion DIE LINKE. Die zweite Problematik zur Richtigstellung, dass was wir Ihnen vorgelegt haben, war das Ergebnis wochenlanger Abstimmung mit allen Ämtern und der Oberbürgermeisterin und der Baubürgermeisterin. Das ist nicht mein persönlicher Haushalt. Der würde anders aussehen! Weitere Bemerkung zur Richtigstellung: Dr. Luther hat das Problem zur Nettoinvestitionsrate benannt, was uns ja gehindert hat, die Kreditaufnahme zu tätigen...Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt saldiert haben wir gegenwärtig einen Stand von minus 29 Mio. Euro. Wenn wir hier eine Null hätten, wäre das immer noch nicht die Nettoinvestition. Wenn wir 5 Mio. hätten plus hätten wir immer noch keine Nettoinvestition erwirtschaftet. Weil, selbst dieser Überschuss wird noch einmal abgezogen von den Aufwendungen, Tilgung und Zinsen für Kredite. Das heißt, die Chance, dass wir unter dieser stringenten Interpretation der Nettoinvestition demnächst Kredite aufnehmen können, ist relativ gering. Macht aber gleichzeitig die Aufgabe deutlich, vor der wir stehen. Vielleicht ein kleines Fazit am Ende. Aus meiner persönlichen Sicht würde ich mir für die nächste Haushaltsdiskussion wünschen, welche in acht Monaten spätestens beginnt, ein Miteinander, nicht ein Übereinander, egal ob große oder kleine Fraktionen, sich inhaltlich mit den Dingen auseinanderzusetzen...Ich glaube, dass was wir heute gemeinsam empfinden sollte keine Fortsetzung finden bei weiteren Haushaltsberatungen. Das war für mich persönlich das furchtbarste, was ich seit 1990 im Stadtrat und als Finanzbürgermeister seit sieben Jahren erlebt habe...Und eine inhaltliche Überlegung: Sparen heißt, dass man das Geld, was man hat, nicht ausgibt. Bei uns geht es aber darum, das Geld, was man nicht hat, nicht auszugeben!“

OBin Dr. Findeiß beendet offiziell die Diskussion zum Haushalt und geht zum Abstimmungsprozedere über.

Der Stadtrat lehnt folgenden Antrag der Fraktion AfD mehrheitlich ab:

Der Planansatz des Haushaltentwurfes unter „Einnahme Gewerbesteuer“ ist von 35 auf 37 Millionen Euro zu erhöhen.

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Entgeltordnung für die Museen Kunstsammlungen, Priesterhäuser und Galerie am Domhof in der aktuell gültigen Fassung wird insoweit geändert, dass wieder Eintrittspreise in der Höhe wie vor dem Aussetzen der Erhebung von Eintrittspreisen vor dem 1.Juni 2013 erhoben werden.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat umgehend eine geänderte Satzung vorzulegen, die zum 1. Juli 2016 in Kraft treten soll.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Im Rahmen des Haushaltsvollzuges sind bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und den Personalaufwendungen je 1% der Aufwendungen einzusparen.

Der Stadtrat lehnt folgenden Antrag der Fraktion AfD mehrheitlich ab:

Die Schülerbeförderung, das kostenlose Obstfrühstück und das kostenlose Mittagessen für Kinder von Studenten Fachschülern und Auszubildenden ist in der alten Form zu belassen und in den Haushalt wieder einzugliedern.

Der Stadtrat fasst auf Antrag der Fraktion DIE LINKE folgenden Beschluss:

Folgende von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung werden verworfen und die entsprechenden Mittel wieder in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Obstfrühstück

Kostenlosen Obstfrühstücks einmal pro Woche für alle Kinder und Jugendlichen in Zwickauer Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Förderschulen

Gesamt 120.000,00 €.

Abstimmung: 23 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Punkte 4. (Schülerbeförderungskosten) und 5. (kostenfreie Mittagsversorgung) des Beschlussvorschlages für die 2. Lesung sind zu streichen. Die nötigen Mittel für das Jahr 2016 sind der Liquidität zu entnehmen und in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE ab:

Folgende von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung werden verworfen und die entsprechenden Mittel wieder in den Haushaltsplan eingearbeitet.

SGB VIII-Bereich (freie Kinder- u. Jugendhilfe)		2015	2016	Einsparung 2015-->2016
AWO KV Zw ickau e.V.	Schülertreff "Plan F"	59.500,00 €	0,00 €	-59.000,00 €
SOS-Kinderdorf Zw ickau	Spinnw ebe neu ab 2015	110.000,00 €	79.000,00 €	-31.000,00 €
				-90.000,00 €
SGB XII-Bereich (freie Wohlfahrtspflege)		2015	2016	Einsparung 2015-->2016
Caritasverband Dekanat Zw ickau e.V.	Hospiz "Elsa"	2.500,00 €	2.000,00 €	-500,00 €
Caritasverband Dekanat Zw ickau e.V.	Begegnungsstätte Bachstraße	3.500,00 €	2.400,00 €	-1.100,00 €
Caritasverband Dekanat Zw ickau e.V.	ehrenamtliche Altenarbeit in den 3 katholischen Kirchgemeinden	300,00 €	150,00 €	-150,00 €
AWO gemeinnützige GmbH Zw ickau - Soziale Betreuung	AWO-Treff	25.100,00 €	12.550,00 €	-12.550,00 €
DRK KV Zw ickau e.V.	Begegnungsstätte Eschenweg	27.000,00 €	13.500,00 €	-13.500,00 €
Solidar Sozialring gemeinnützige Betreuungsgesellschaft Zw ickau mbH	Seniorenbegegnungsstätte Hölderlinstraße	0,00 €	6.750,00 €	-6.750,00 €
Wir - Gemeinsam in Zw ickau e.V.	Migrationsberatung sowie Integrationsarbeit	9.000,00 €	0,00 €	-9.000,00 €
Volkssolidarität Zw ickauer Land	Migrationsberatung sowie Integrationsarbeit	0,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €
				-38.550,00 €

Freie Kinder- u. Jugendhilfe / Freie Wohlfahrtspflege

Gesamt 128.550,00 €

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Im Sachkonto 431820 „Zuschüsse an Vereine Jugendbereich“ sind die Mittel für den Jugendclub MÄC in Höhe von 9.965,49 € wieder bereit zu stellen. Die nötigen Mittel für das Jahr 2016 sind der Liquidität zu entnehmen und in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE ab:

Folgende von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung werden verworfen und die entsprechenden Mittel wieder in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Sportförderung:

Kontobezeichnung	Plan 2015 (€)	Plan 2016 (€)	Ersparnis
Ergebnishaushalt			
Vereinspauschale	40.000,00 €	30.000,00 €	10.000,00 €

Übungsleiter-Pauschale	20.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
Kaderathleten	20.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
Breitensport	120.000,00 €	100.000,00 €	20.000,00 €
Leistungssport	100.000,00 €	80.000,00 €	20.000,00 €
Sonderförderung Leistungssport	210.000,00 €	160.000,00 €	50.000,00 €
Auszeichnungen inkl. Veranstaltungen	10.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €
Internationale_Sportvergleiche	10.000,00 €	3.000,00 €	7.000,00 €
Aufwandsentschädigungen	20.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
Unterhaltungs- und Baumaßnahmen	90.000,00 €	30.000,00 €	60.000,00 €
Finanzhaushalt			
Sport- und Pflegegeräte	20.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €

Gesamt 212.000,00 €

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE ab:

In den Haushalt 2016 werden Mittel in Höhe von 200.000,00 € für 4 zusätzliche Mitarbeiter Polizeiodnungsdienst (begrenzt auf 24 Monate) eingearbeitet. Finanzierung der Mitarbeiter Stadtdnungsdienst erfolgt über Mittel Beamtenversorgung (Rückstellungen für Dienstaufwendungen für Beamte).

Der Stadtrat fasst auf Antrag der Fraktion DIE LINKE folgenden Beschluss:

In den Haushalt 2016 werden Mittel in Höhe von 70.000,00 € für 2 zusätzliche Streetworker eingearbeitet, die bei einem Freien Träger angesiedelt werden.

Abstimmung: 22 Ja-Stimmen
26 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung der Mittel für die Kulturförderung wird verworfen. Die Mittel in Höhe von 14.000,00 € sind wieder in den Haushaltsplan einzuarbeiten.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion AfD ab:

Der Zuschuss für das 04-Bad und das Crossener Bad sind um je 10 T€ zu erhöhen.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Haushaltsstelle für das Freibad Crossen ist gegenüber dem Ansatz des Haushaltsplanentwurfes 2016 um 5 T€ aufzustocken.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Im Sachkonto 431890 „Zuschüsse an sonstige Vereine “ sind die Zuschüsse für das 04 Bad um 5.000 € erhöhen Die nötigen Mittel für das Jahr 2016 sind der Liquidität zu entnehmen und in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Stadt Zwickau wird unter Federführung der Wirtschaftsförderung beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des „Handlungskonzeptes Wirtschaft Zwickau 2025“, konzeptionellen Überlegungen und konkreter Umsetzungsschritte für Einrichtung eines Gründer-, Technologie- und Innovationszentrum - StartUp-Center Zwickau zu entwickeln. Dabei sind die mit der parallelen Erarbeitung des „Handlungskonzeptes Wirtschaft Zwickau 2025“ sich bietenden Synergieeffekte zu nutzen.

Dazu zählen:

- **klare Definition von Zielen (Konzept) und notwendigen Strukturen**
- **Abilden des benötigten Finanzenrahmens über 2016 hinaus**
- **Eruieren infrage kommender ggf. sich bietender Fördermöglichkeiten**
- **Gewinnen entsprechender Kooperationspartner, wie z. B. Westsächsische Hochschule Zwickau, Industrie- und Handelskammer, Sparkasse, Stadt Zwickau – Wirtschaftsförderung**
- **Suche nach möglichst hochschulnahen Räumlichkeiten in der Innenstadt**

Zur finanziellen Untersetzung sind im Produkt Angelegenheiten Wirtschaftsförderung unter einem entsprechendem Sachkonto/Untersachkonto bereits im Haushalt 2016 Mittel in Höhe von 100.000 € vorzusehen. Diese Mittel sind vorläufig gesperrt. Über die Freigabe dieser Mittel entscheidet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Umweltausschuss der Finanzausschuss.

Voraussetzung für die Mittelfreigabe ist die Vorlage eines entsprechenden Businessplanes Gründer-, Technologie- und Innovationszentrum - StartUp-Center Zwickau.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion AfD ab:

Die Aufwendungen im Produkt Sachkonto Hotspot sind zu streichen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion BfZ/Grüne ab:

In den Haushalt 2016 sind 30.000 € für eine Überprüfung des geplanten Neubaustandortes "Stadtarchiv", gegebenenfalls für eine neue Standortsuche und für Planungsleistungen einzuordnen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion BfZ/Grüne ab:

In den Haushalt 2016 sind 30.000 € für eine Machbarkeitsstudie zu einem Lückenschluss der Mitteltrasse zwischen Kreisverkehr "Sorge" und "B93" (Crossen) einzuordnen.

Die Studie sollte mögliche Trassenführungen insbesondere auf ökologische Verträglichkeit untersuchen. Es ist ein eventueller Erwartungshorizont zu ermitteln, sowie Aussagen zur Baulastfrage zu treffen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion BfZ/Grüne ab:

In den Haushalt 2016 sind 30.000 € für die Erarbeitung eines nachhaltigen Parkraumkonzeptes einzustellen.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die geplanten Mittel in Höhe von 250.000 € für die Planung der Cainsdorfer Brücke werden gestrichen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion BfZ/Grüne ab:

Die für die Maßnahme 54-16-00-007 Ertüchtigung Bülaustraße für 2016 eingeplanten Auszahlungen werden von 580.000 € auf 200.000 € reduziert.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

In den Haushalt 2016 sind 120.000 € Planungskosten für das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Marienthal einzuordnen.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Stadt Zwickau wird beauftragt, eine Haushaltsstelle für die Sanierung des Turnerheims in Cainsdorf für Planungskosten in Höhe von 100.000,00 € zu schaffen.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die in den Änderungen der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2016 zum Produkt Gagarinschule (21510101) eingestellten Mittel in den Sachkonten 096000 (Baumaßnahmen, 300.000 €) und 074000 (Ausstattung, 125.000 €) sind zu sperren. Über die Freigabe der Mittel entscheidet nach Vorberatung im Kultur-, Sozial-, Sport- und Bildungsausschuss der Finanzausschuss.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion BfZ/Grüne ab:

In den Haushalt 2016 sind 100.000 € für Projekte des Bürgerhaushalts einzuordnen.

Der Stadtrat fasst auf Empfehlung des Finanzausschusses folgenden Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Überprüfung der Organisationsstruktur und Aufgabenerledigung in der Stadtverwaltung mit dem Ziel vorzunehmen, Einsparpotentiale im Personal-, Sachkosten- und Technikbereich zu ermitteln. Das Einsparpotential im Personalbereich soll für die Jahre 2017-2019 je 2,5 % und im Sachkosten- und Technikbereich für die Jahre 2017-2019 je 3 % erreichen. Dabei sind die Wirtschaftsförderung zu stärken und Haushaltsmittel für eine dauerhafte Substanzverbesserung der Zwickauer Straßen einzustellen. Das Ergebnis und die konkreten Änderungsvorschläge sind dem Stadtrat bis zur Stadtrats-sitzung im September 2016 vorzulegen.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich folgenden Antrag der Fraktion AfD ab:

Hiermit beantragt die Fraktion der AfD die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Planung/Bau des Knotenpunktes an der Leipziger Straße/ Kolpingstraße auch unter Berücksichtigung des neu aufgelegten Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“.

Des Weiteren beantragen wir die Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Haushalt für die Umgehungsstraße Schwanenteich / Humboldtstraße. Diese Maßnahme wurde auch im aktuellen Lärmschutzplan 04/2015 der Stadt Zwickau prädestiniert. Auch hier möchten wir auf das aktuelle Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“ verweisen.

Zur finanztechnischen Realisierung(Eigenkapital) dieser schon lange überfälligen Vorhaben schlagen wir die Streichung der geplanten Mittelverwendung für die Sojus Sporthalle in Eckersbach vor.

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

- 1. Die Einwendungen von Herrn Rainer Kolbeck und Herrn Jörg Diemel werden nicht berücksichtigt.**

2. Für die Beantragung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm "Brücken in die Zukunft" (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft) werden die investiven Maßnahmen "Sanierung Sportforum Sojus" (Landesbudget) und "Sanierung Kita Crossen" (Bundesbudget) berücksichtigt.
3. Der Stadtratsbeschluss vom 30.06.2011 (BV/157/2011) und alle weiteren im Zusammenhang mit der Einführung eines kostenlosen Obstfrühstücks gefassten Beschlüsse werden zum 22.06.2016 aufgehoben.

Der Stadtrat fasst mit 24 Ja-Stimmen bei 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

4. Der Stadtrat beschließt den Haushaltsplanentwurf 2016 einschließlich Stellenplan.

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

5. Im Zuge der Haushaltsdurchführung 2016 wird die Verwaltung ermächtigt, Umverteilungen von Mitteln aus finanzstatistischen Gründen vorzunehmen, sofern der beschlossene Verwendungszweck nicht verändert wird.

Im Anschluss fasst der Stadtrat mit 25 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 (Anlage).
2. Die Haushaltssatzung ist gemäß § 76 Abs. 2 SächsGemO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Haushaltssatzung ist als Anlage 3 Bestandteil der Niederschrift.

Die Haushaltsrede von **BM Meyer** ist als Anlage 4 Bestandteil der Niederschrift.

4.2. Sonntagsöffnung aus Anlass des Historischen Markttreibens

BV/017/2016 Finanzen und Ordnung

BM Meyer erläutert, dass es bei dieser Vorlage lediglich um eine Korrektur des Datums gehe. Zur Ratssitzung im Dezember vergangenen Jahres habe der Stadtrat bereits die Sonntagsöffnung aus Anlass des Historischen Markttreibens beschlossen. Bei der damaligen Vorlage wurde versehentlich das Datum 18.09.2016 aus dem Antragsschreiben des Fördervereins Stadtmanagement übernommen. Das traditionelle Historische Markttreiben fände jedoch wie jedes Jahr am zweiten Sonntag im September und somit am 11.09.2016 statt. Da man sich hier im sensiblen Bereich des Ortsrechts bewege, hat man aus Gründen der Rechtssicherheit noch einmal eine vollständige Beschlussvorlage ausgeteilt. **BM Meyer** bittet um Zustimmung zur Vorlage.

StR Müller äußert seinen Unmut zur Korrektur.

StRin Arndt wirbt um Zustimmung zur Vorlage.

Der Stadtrat fasst mit 25 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Der Beschluss aus der Stadtratssitzung vom 17.12.2015 zum Erlass einer Zweiten Rechtsverordnung über einen verkaufsoffenen Sonntag am 18.09.2016 (Drucksachen-Nr. BV/193/2015) wird aufgehoben.
2. Die Zweite Rechtsverordnung über einen verkaufsoffenen Sonntag 2016 (Anlage 1) am 11.09.2016 wird erlassen.

Die Rechtsverordnung ist als Anlage 4 Bestandteil der Niederschrift.

5. Anfragen der Stadträte

5.1. StR Fischer - Zerstörung Kreidezeichnungen auf dem Hauptmarkt

AF/050/2016 Fraktion SPD

StR Fischer beschreibt, dass am 20. Februar 2016 sechzehn Jugendliche auf dem Hauptmarkt, mit Genehmigung durch die Stadt Zwickau, Kreidezeichnungen aufgebracht hätten mit den Worten „WÜRDE, TOLERANZ, MENSCHLICHKEIT und ZUKUNFT.“

Am gleichen Tag seien diese Zeichnungen durch eine „Putzkolonie“ zerstört und entfernt worden.

Fragen: 1. Wurde diese Beseitigung ebenfalls beantragt und genehmigt?

2. Wenn nicht, besteht die Möglichkeit rechtlich gegen diese Personen, die für diese Zerstörung verantwortlich sind, vorzugehen.

BM Meyer antwortet, dass die Beseitigung der Kunstaktion „Schreiben mit Kreide auf dem Hauptmarkt“ weder beantragt noch von der Verwaltung genehmigt worden sei.

Seitens des Ordnungsamtes sei der Sachverhalt dem Polizeirevier gegenüber angezeigt worden. Derzeit prüfe das Polizeirevier, ob Rechte Dritter verletzt seien oder der Tatbestand der Sachbeschädigung vorliegt. Sollte ein Straftatbestand vorliegen, so **BM Meyer**, werde die Polizei die Anzeige zur weiteren Bearbeitung der Staatsanwaltschaft übergeben.

5.2. StR Rudolph - Vertrag mit der Deutschen Telekom

AF/048/2016 Fraktion DIE LINKE

StR Rudolph habe der Presse entnehmen können, dass die Stadtverwaltung am 04.02.2016 mit der Deutschen Telekom einen Vertrag zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit beim Breitbandausbau in Zwickau unterzeichnet habe. In diesem Zusammenhang frage er, welche Verpflichtungen die Stadt Zwickau in dem Vertrag eingegangen ist.

Außerdem frage er nach den Garantien seitens der Telekom hinsichtlich Quantität und Qualität. Konkret gehe es ihm darum, ob jeder Kunde in den Ausbaugebieten später einen VDSL-Anschluss erhält und welche Bandbreiten an diesem Anschluss mindestens erreicht werden.

OBin Dr. Findeiß antwortet, dass zwischen der Stadt Zwickau und der Telekom am 04.02.2016 eine Absichtserklärung zum Breitbandausbau in Zwickau unterzeichnet worden sei. Demnach beabsichtige die Telekom, im Gebiet der Stadt Zwickau (Vorwahlbezirk 0375) bis Ende 2016 ohne wirtschaftliche Unterstützung der Stadt auf ein modernes VDSL-Breitbandnetz aufzurüsten, von dem rund 36.000 Haushalte mit einer möglichen Geschwindigkeit von bis zu 100 Mbit/s profitieren würden. Die Stadt Zwickau verpflichte sich im Gegenzug, diesen Breitbandausbau durch eigene Maßnahmen zu begleiten, soweit dies rechtlich möglich sei. Diese Unterstützungsleistungen würden sich beziehen auf entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, zügige Genehmigungs- und Zustimmungsverfahren, Unterstützung bei der Standort- und Wegesicherung und Verlinkung zur Homepage der telekom.de/schneller.

OBin Dr. Findeiß beschreibe weiterhin, dass seitens der Telekom in den vom Telekom-Ausbau einbezogenen Bereiche Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 Mbit/s in Aussicht gestellt würden. Neben den Stadtteilen, die nicht vom Telekom Ausbau profitieren, wie z. B. Oberrothenbach, Mosel und Hartmannsdorf, werde es in den Telekom-Ausbaugebieten einzelne auch künftig unterversorgte „Inseln“ geben. Die Ermittlung, wo und in welchem Umfang dies auf einzelne Bereiche zutrifft, werde u. a. Inhalt der zu beauftragenden Beratungs-/Planungsleistungen sein. Der Ausbau der Breitbandversorgung in den drei benannten Stadtteilen und den weiteren unterversorgten Inseln soll dann mit der Inanspruchnahme der Bundesfördermittel und mittels der in Aussicht gestellten Aufstockung über die Digitale Offensive Sachsen erfolgen.

Die Leistungen der Telekom würden gemeinsam mit den geplanten Ausbauaktivitäten der Stadt Zwickau in den von dem Telekom-Ausbau außen vor bleibenden Bereichen (Fördermittelbereitstellung vorausgesetzt) zu einer flächendeckenden Breitbandversorgung führen.

An den neuen Geschwindigkeiten Interessierte müssten allerdings selber aktiv werden und ihren Vertrag erweitern oder einen Neuvertrag mit der Telekom schließen, um mit den in Aussicht gestellten bis zu 100 MBit pro Sekunde im Internet unterwegs sein zu können.

Die Frage nach konkreten Straßen könne Sie nicht beantworten, jedoch würde der Wirtschafts- und Umweltausschuss darüber informieren, so **OBin Dr. Findeiß** abschließend.

5.3. StR Itzek - Kreidezeichnung

AF/052/2016 Fraktion AfD

Vor dem Hintergrund der Kunstaktion einer Gruppe von Zwickauern am 20.02.2016, welche mit Kreide verschiedene Schlagworte quer über den Zwickauer Hauptmarkt geschrieben haben, möchte **StR Itzek** das Folgende wissen:

Wer hat diese Kunstaktion auf dem Hauptmarkt genehmigt?
Mit welchem Zweck wurde der Entwurf genehmigt?
Wann wurde die Aktion zur Genehmigung gebracht?

OBin Dr. Findeiß sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

5.4. StR Juraschka - Verkehrsfragen

AF/051/2016 Fraktion BfZ/Grüne

StR Juraschka stellt folgende Fragen:

„Wann wird die Freiligrathstraße in Ihrer Gesamtheit in Pölbitz zur Einbahnstraße umgewandelt, um dem dort stark erhöhten Verkehr seit der Eröffnung bzw. Erweiterung der beiden Horte der kommunalen Kita Krümelkiste und der DRK-Kita Sonnenschein spürbar zu entlasten und in nur eine Richtung abzuleiten?“

„Wie kann eine Zunahme von parkenden Pkws am Spielplatz in der Nähe des Marienthaler Dienstsitzes des Stadtförsters zum Wohle des Stadtwaldes begrenzt bzw. überhaupt die Zufahrt für Besucher direkt hinein verhindert werden?“

BMin Köhler antwortet, dass gegenwärtig eine Einbahnstraßenregelung für die Freiligrathstraße durch die Arbeitsgruppe Verkehrsorganisation unter Beteiligung der Straßenverkehrsbehörde, des Tiefbauamtes und des Polizeireviers Zwickau abgelehnt worden sei, da sich bei dieser Verkehrslösung das Verkehrsaufkommen durch den zwingend einzuhaltenen Richtungsverkehr generell erhöht, was insbesondere zu Lasten der Wohnqualität gehe. Für alle Verkehrsteilnehmer führe diese Verkehrslösung zu nicht unerheblichen Umwegen, dass die jeweiligen Ziele nicht mehr auf dem kürzesten Weg zu erreichen seien. Darüber hinaus sei bei einbahnigem Verkehr erfahrungsgemäß die Erhöhung der gefahrenen Geschwindigkeiten zu verzeichnen, da mit Gegenverkehr nicht mehr gerechnet werden müsse. Aufgrund der bekannten Probleme im Bereich Nordplatz / Freiligrathstraße sei jedoch durch das Tiefbauamt eine Untersuchung zum Thema Parken und Verkehr im Bereich der Freiligrathstraße durchgeführt worden. Die Untersuchungen und sich daraus ergebenden Veränderungen der Verkehrsorganisation würden derzeit verwaltungsintern diskutiert. Eine wesentliche Möglichkeit zur Verbesserung der Situation wird beispielsweise in der Öffnung der Freiligrathstraße und Rosa-Luxemburg-Straße zur Leipziger Straße hin gesehen. Diese Maßnahmen seien aber mit nicht unerheblichen baulichen Aufwendungen verbunden, wofür kurzfristig keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden. In jedem Fall soll, vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Fördermittel, noch in diesem Jahr der Nordplatz zwischen Leipziger Straße und Freiligrathstraße neu ausgebaut und als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen werden.

Weiterhin entgegnet **BMin Köhler** in Bezug auf die Zufahrt zur Försterei im Zusammenhang mit dem Parkverkehr am Spielplatz, dass hierfür eine Teileinziehung notwendig wäre. Dort sei ein Halteverbot angesetzt, was durch das Ordnungsamt in Absprache mit dem Garten- und Friedhofs durchgesetzt wird.

5.5. StR Dr. Böttger - Kreidezeichnung

AF/053/2016 Fraktion BfZ/Grüne

StR Böttger bezieht sich ebenfalls auf die Kunstaktion auf dem Hauptmarkt. Die Kreidezeichnung sei vor der Kundgebung des Bürgerforums wieder entfernt worden. Es sei in der Beantwortung von Bürgermeister Meyer gesagt worden, dass die Entfernung weder beantragt noch genehmigt wurde und dass die Stadt Strafanzeige gestellt habe.

StR Dr. Böttger regt daher an, dass auf der Internetplattform You Tube veröffentlichte Video des Filmteams „Kara Ben Nemesi“ für die Ermittlungen heranzuziehen.

6. Anträge der Fraktionen

6.1. Haltung des Zwickauer Stadtrates zu den Abkommen TTIP, CETA und TISA

AN/017/2015 Fraktion DIE LINKE

StR Wöhl beschreibt den Hintergrund zum Antrag und wirbt um Zustimmung zu diesem und dementsprechend um Ablehnung zum Freihandelsabkommen. Das Abkommen besage beispielsweise, dass der Staat auf Gewinnverluste verklagt werden könne. Dagegen solle man sich verwahren, betont **StR Wöhl**.

StR Dörner wirbt anschließend für den Änderungsantrag der Fraktion BfZ/Grüne und erläutert die Beweggründe.

StR Dr. Luther zitiert den Leitartikel der „Freien Presse“ vom Dienstag zum Thema. Dieser sage aus, dass der Antrag der Fraktion Die LINKE nicht zustimmungsfähig sei im Gegensatz zu dem, was die Fraktion BfZ/Grüne vorgetragen hat. Demzufolge wolle man dem Änderungsantrag der Fraktion BfZ/Grüne zustimmen.

StR Itzek bedankt sich bei den Einreichern für den Antrag und schlussfolgert, dass man sich auf das schärfste gegen diese Abkommen stellen möge.

Der Stadtrat fasst auf Antrag der Fraktion BfZ/Grüne einstimmig folgenden abweichenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Ratssitzung im ersten Halbjahr 2016 eine Resolution der Stadt Zwickau zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Darin soll insbesondere darauf abgestellt werden, dass durch die Abkommen**
 - **die kommunale Handlungsfreiheit im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht weiter eingeschränkt werden darf,**
 - **die Erfüllung bislang kommunal verantworteter Aufgaben der Daseinsvorsorge auch künftig nicht primär den Interessen des „freien Marktes“ und der Wirtschaft untergeordnet werden muss, sowie**
 - **die kommunale Selbstverwaltung und die Rechte und Pflichten der gewählten Gemeinderäte keinen Schaden nehmen dürfen.**
- 2. Vorbehaltlich eines positiven Ratsbeschlusses, wird die Stadt Zwickau ihre Stellungnahme in geeigneter Weise veröffentlichen und ihre Haltung auch gegenüber der Landes- und Bundesregierung, dem Europäischen Parlament sowie den kommunalen Spitzenverbänden deutlich machen.**

3. Die Stadt Zwickau regt über den Deutschen Städtetag und Schreiben an andere kommunale Spitzenverbände an, eine gemeinsame Stellungnahme zur Unterzeichnung durch möglichst alle deutschen Städte und Gemeinden vorzubereiten. Ziel muss es sein, in der entscheidenden Phase des Verhandlungs- und Beschlussfassungsprozesses der Position der Kommunen spürbar mehr Gewicht zu verleihen.

6.2. Standortsuche für den Mediamarkt im Bereich Innenstadt

AN/007/2016 Fraktion SPD

StR Juraschka wirbt um Zustimmung zum Antrag und begründet dies.

StR Wöhl geht auf ein Schreiben ein, welches der Geschäftsführer des Media-Marktes am 14.12.2015 an die Baubürgermeisterin gerichtet habe. Darin steht das Folgende: „Nach der CDU-Fraktionssitzung beauftragte ich nochmals das Team der Standortanalyse mit der Prüfung der Reichenbacher Straße B-Plan 100 und dem Standort zum ehemaligen Alfa-Tecc. Der Alfa-Tecc-Standort schied aufgrund eines hohen Kannibalisierungsgrades mit unserem Schwesterunternehmen ‚Saturn‘ aus. Der Standort Fachmarktzentrum Reichenbacher Straße konnte sich durch eine gute Verkehrslage aufgrund der neuen Anbindungsmöglichkeiten zur Mitteltrasse/Westtrasse auf die B 173 und nicht zuletzt durch die prognostizierte Umsatzsteigerung als Favorit herauskristallisieren. Wir bitten Sie, Frau Köhler, vor dem Hintergrund der bestehenden Beschlusslage des Stadtrates, die ursprünglichen Ziele in die Fortführung des B-Planes 100 aufzunehmen.“

StR Wöhl fragt, ob mittlerweile andere Aussagen seitens des Mediamarktes vorhanden sind.

OBin Dr. Findeiß erläutert, dass es im Antrag um die Bemühungen gehe, einen geeigneten Standort für Media-Markt zu finden. Die Wirtschaftsförderung würde sich in der Verhandlung mit dem Ziel der Innenstadtbelebung befinden. Eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen worden.

StR Dr. Schick meint, dass der Wunschstandort des Marktes nicht umsetzbar sei. Die Änderung des B-Planes an der Stelle sei bereits zur Ablehnung gekommen. Der Antrag der Fraktion SPD sage aus, dass andere mögliche geeignete Standorte gefunden werden sollen.

StR Heinzig erklärt noch einmal das Ansinnen des Antrags. Demnach wolle man verhindern, dass Media-Markt aus Zwickau weggeht. Deshalb soll die Verwaltung Kontakt aufnehmen mit dem Ziel, dass es einen Standort gebe, der dem Ansinnen des Marktes gerecht wird, jedoch so innenstadtnah wie möglich.

Der Weggang des Mediamarktes am Standort Pölbitz sei schon lange bekannt, wirft **StR Dr. Beierlein** ein. Aus einer Diskussion mit dem Media-Markt heraus habe sich der Fraktion CDU erschlossen, was der Wunsch des Marktes sei. Es sei deren Wunsch nach einem Standort in der Stadt Zwickau, der dem Unternehmen angenehm sei. Als Zwickauer müsse man natürlich verhindern, dass dies Unternehmen in das Umland abwandert, so **StR Dr. Beierlein**. Er wirbt abschließend für den Antrag der SPD.

StRin Brückner wiederum könne nicht verstehen, inwieweit die Stadtverwaltung Zwickau dem Unternehmen vorschreiben will, wo diese sich ansiedeln dürfen und erinnert in diesem Zusammenhang an das Unternehmen „Decathlon“. Sie erwähnt, dass es sicher richtig sei, die Unternehmen in der Stadt halten zu wollen. Aber es sei auch traurig, dass man den Wünschen oft nicht entsprechen könne.

StRin Arndt wundere sich über den Sinneswandel der Fraktion SPD. Bisher habe sie diese Fraktion nicht als ‚Innenstadtentwickler‘ wahrgenommen. Eine Lanze wolle sie für die Verwaltung brechen insofern brechen, als dass diese sehr aktiv und sehr rege im Gespräch mit vielen Unternehmen seien. Insofern brauche es den Antrag eigentlich nicht, da die Arbeit bereits passiere.

Unangemessen nennt sie die Diskussion um solch sensible Themen im Stadtrat. Reagierend auf StR Dr. Beierlein führt sie aus, dass Unternehmen in erster Linie einen Anspruch darauf haben, gleichberechtigt und fair von Verwaltung und Entscheidern einer Stadt behandelt zu werden.

StR Itzek wendet sich an die Stadtratsmitglieder und stellt fest, dass die Stadt Zwickau nun einmal nicht auf Flächen in der Innenstadt verweisen könne. Die einzige mögliche Fläche an der Gewandhausstraße würde verkauft; hier könne er sich, so erklärt **StR Itzek**, eine Ansiedlung des Media-Marktes vorstellen. Gleichzeitig könne man auf dem Media-Markt ein Parkdeck bauen.

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Stadtverwaltung der Stadt Zwickau wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung des Mediamarktes Schubertstraße einen neuen Standort für diesen Elektronikmarkt im Bereich der Innenstadt zu suchen.

7. Informationen der Verwaltung

OBin Dr. Findeiß weist auf die ausgereichten Veranstaltungshinweise hin.

8. Beschlussfassung über die Einberufung der nächsten Sitzung

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Stadtrates erfolgt voraussichtlich **für Donnerstag, den 24.03.2016**. Es erhebt sich kein Widerspruch.

OBin Dr. Findeiß schließt offiziell die öffentliche Sitzung.

Beatrice Lehmann
Schriftführerin

Michael Rockstroh
Stadtrat

Henry Sippel
Stadtrat

Dr. Pia Findeiß
Oberbürgermeisterin